

P r o t o k o l l

Nr. 2

über die Verhandlungen des Grossen Gemeinderates von Zug

Dienstag, 25. Januar 2011

17.00 - 20.00 Uhr

im Kantonsratssaal, Regierungsgebäude

Vorsitz: Ratspräsident Jürg Messmer

Protokoll: Ruth Schorno

Verhandlungsgegenstände

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
3. Postulat Fraktion Alternative-CSP vom 27. Dezember 2010 betreffend städtischer Ordnungsdienst
Überweisung
4. Sammelvorlage: Abschreibung von Vorstössen
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2127 vom 5. November 2010
5. Bebauungsplan Lauried, Plan Nr. 7083: 2. Lesung
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2100.2 vom 30. November 2010
Bericht und Antrag der BPK Nr. 2100.3 vom 13. Dezember 2010
6. Volksinitiative „2000 Watt für Zug“
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2132 vom 14. Dezember 2010
7. Motion Urs E. Meier, Fraktion Alternative-CSP vom 15. Dezember 2009 betreffend Register stadtrelevanter Studien und Berichte,
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2128 vom 9. November 2010
8. Interpellation der FDP-Fraktion vom 28. September 2010 betreffend Verwendung von behördlichen Adressdaten für Wahlkampf
Antwort des Stadtrates Nr. 2129 vom 9. November 2010

9. Interpellation Philip C. Brunner und Jürg Messmer, beide SVP, vom 23. August 2010 betreffend Sicherheitsglas in der Bossard Arena, Zug
Antwort des Stadtrates Nr. 2130 vom 23. November 2010
10. Mitteilungen

Eröffnung

Ratspräsident Jürg Messmer eröffnet die heutige Sitzung und begrüsst nebst den Mitgliedern des Stadtrates und des Grossen Gemeinderates auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste.

Entschuldigt für die heutige Sitzung hat sich Gemeinderat Martin Eisenring; die übrigen 39 Mitglieder des Grossen Gemeinderates sind anwesend.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Ratspräsident Jürg Messmer: Ton- und Bildaufnahmen während der Ratssitzung bedürfen der Zustimmung des Rates. Zug TV möchte während der heutigen Sitzung wiederum Aufnahmen machen, welche anschliessend ins Internet gestellt werden.

Das Wort wird hiezu nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird. Der Rat erklärt sich somit damit einverstanden, dass während der Sitzung Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden.

1. Genehmigung der Traktandenliste

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Änderungsantrag eingereicht wird, weshalb die vorliegende Traktandenliste als stillschweigend genehmigt gilt.

2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

Postulate

Postulat Fraktion Alternative-CSP: Städtischer Ordnungsdienst

Mit Datum vom 27. Dezember 2010 hat Gemeinderat Stefan Hodel namens der Fraktion Alternative-CSP folgendes Postulat eingereicht:

„Der Stadtrat wird eingeladen, die Einführung eines städtischen Ordnungsdienstes zu prüfen.

Begründung:

An der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 28. September 2010 wurde das Thema Sicherheit (Vorlage 2097) in der Stadt Zug ausführlich behandelt. Nach einer langen Debatte entschied sich der Grosse Gemeinderat, für den Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, befristet für die Dauer von zwei Jahren, den Betrag von CHF 220'000.-- zur Verfügung zu stellen. Unsere Fraktion hatte sich dagegen ausgesprochen, diese Aufgabe einer privaten Firma zu übergeben und stellte den Antrag, einen städtischen Ordnungsdienst einzuführen wie er sich auch in verschiedenen anderen Städten bewährt hat. Der Stadtrat erklärte sich bereit, unser Anliegen zu prüfen, verlangte dafür aus verständlichen Gründen etwas Zeit. Von Seite der FDP (Cornelia Stocker) kam im Laufe der Debatte der Vorschlag, wir sollten unsere Idee in Form eines Postulates einbringen. Ein demokratisch beschlossenes und ständig kontrolliertes Gewaltmonopol des Staates ist unserer Fraktion wichtig. Dies gilt für uns auch im Bereich der Aufrechterhaltung der Ordnung in unserer Stadt. Auch bei der Feuerwehr, bei der Schule oder beim städtischen Reinigungsdienst denkt man nicht daran, zu privatisieren. Warum soll dies beim städtischen Ordnungsdienst Sinn machen?“

Ratspräsident Jürg Messmer teilt mit, dass die Überweisung des Postulates heute unter Traktandum 3 behandelt wird.

Interpellationen

Interpellation der SVP-Fraktion betr. Probleme im Zuger Schuldepartement

Mit Datum vom 17. Januar 2011 hat Gemeinderat Manfred Pircher namens der SVP-Fraktion folgende Interpellation eingereicht:

„Ende Jahr 2010 war es wieder einmal soweit: weitere Probleme im Zuger Schuldepartement, diesmal im Schulhaus Herti. Was ist passiert? Die Schulhausleiterin der Schule Herti wurde sofort suspendiert, etwas später wurde die Suspendierung wieder aufgehoben. Eine grosse Mehrheit der Lehrpersonen solidarisiert sich mit der Schulhausleiterin und bekommt ein Sprechverbot. Diese Probleme auf der Primar- und Kindergartenstufe der Stadtschulen Zug sind nicht unbekannt. Bereits im Frühling hat die Verset-

zung von sechs Lehrpersonen für Aufruhr gesorgt. Die SVP Fraktion nimmt mit grosser Besorgnis die neuen Probleme im Schulhaus Herti wahr, welche auch in den lokalen Medien mit Leserbriefen der Lehrerschaft zum Ausdruck gebracht wurden. Nach den Problemen in den Schulhäusern Riedmatt und Letzi im letzten Jahr folgt nun das Schulhaus Herti. Wir finden, dass es in diesem Stil nicht mehr weitergehen kann und darf. Die Lehrerschaft muss von den internen Machkämpfen befreit werden, denn die Lehrerschaft ist heute mit dem normalen Schulbetrieb schon stark gefordert. Die Lehrer müssen Schule geben können und sich nicht mit verwaltungsbürokratischen Problemen und Intrigen befassen müssen.

Erlauben Sie uns, in diesem Zusammenhang folgende Fragen zu stellen, mit dem Ersuchen um schriftliche Beantwortung:

- a) Wieso wurde die Schulhausleiterin im Herti suspendiert und etwas später die Suspendierung wieder rückgängig gemacht?
- b) Ist es nicht an der Zeit, die Schulleitung oder das Rektorat und Prorektorat auszuwechseln, um endlich Ruhe in die Schulhäuser Riedmatt, Letzi und nun auch Herti zu bringen?
- c) Eignen sich die vom Rektor vorgesehenen Führungsabläufe und Hierarchien für die Stadtschulen? Braucht es überhaupt Schulleiter?
- d) Warum wird den beteiligten Lehrern ein Redeverbot unter Androhung von Massnahmen und Bewährungsfristen auferlegt, wenn es Probleme gibt? Erachtet der Stadtrat die Rede- und Meinungsäusserungsfreiheit auch als wichtige Grundlage der Demokratie? Wie setzt er sie zu Gunsten der Lehrer durch?
- e) Welche Probleme werden von der Leitung der Stadtschulen unter den Tisch gewischt? Sind der Rektor und die Prorektorin der Primar- und Kindergartenstufe Teil des Problems?
- f) Trifft es zu, dass Lehrpersonen verpflichtet werden, bei Problemen an einem sogenannten "Coaching" teilzunehmen?
- g) Gab es im Zusammenhang mit den genannten Problemen in den Schulhäusern Riedmatt und Letzi Coachings?
- h) Wurden die Lehrer gezwungen, an solchen Coachings teilzunehmen?
- i) Wer machte das Coaching? Was waren die Gesamtkosten für die Stadt Zug? Wie lief das Auswahlverfahren des Coaches? Wie läuft ein solches Coaching ab? Wie stellt der Stadtrat sicher, dass Lehrpersonen in einem solchen Coaching nicht über Dinge reden müssen, die sie für sich behalten wollen? Wie begegnet der Stadtrat einem entsprechenden Gruppendruck?

Besten Dank für die schriftliche Beantwortung."

Ratspräsident Jürg Messmer: Die Interpellanten verlangen die schriftliche Beantwortung ihrer Fragen. Gemäss § 43 GSO hat der Stadtrat hierfür drei Monate Zeit.

Antrag der SP-Fraktion zur 2. Lesung Bebauungsplan Lauried, Plan Nr. 7083

Mit Datum vom 15. Januar 2011 hat Gemeinderätin Karin Hägi namens der SP-Fraktion folgenden Antrag zur 2. Lesung Bebauungsplan Lauried, Plan Nr. 7083, eingereicht:
„Das Teilgebiet B (Parzellen 521 - 525) ist um die Parzellen 519 und 520 zu erweitern.

Begründung:

Die SP-Fraktion möchte die Einheit des südlichen Gevierts bewahren, bevor eine Unterschutzstellung der Blockrandbebauung durch den Denkmalschutz nicht definitiv vom Tisch ist. Die Parzellen 519 - 525 gehören als gewachsene Stadtstruktur zusammen.

Die Abtrennung der zwei Parzellen 519 und 520 im Norden könnte zu einem Präjudiz führen. Die Diskussion betreffend jetzigen Teilgebiet B und den zwei Parzellen kann, insbesondere betreffend Stadttunnel und Unterschutzstellung, so ohne Zeitdruck geführt werden.“

Ratspräsident Jürg Messmer teilt mit, dass dieser Antrag heute unter Traktandum 5 behandelt wird.

3. Postulat Fraktion Alternative-CSP vom 27. Dezember 2010 betreffend städtischer Ordnungsdienst

Der Wortlaut des Postulates befindet sich auf Seite 4 dieses Protokolls.

Stadtrat Andreas Bossard: In der GGR-Sitzung vom 28. September hat der Stadtrat versprochen, das Anliegen zu prüfen. Wie im Postulat steht, wurde auch von Seiten von Cornelia Stocker vorgeschlagen, die Idee in Form eines Postulates einzubringen. Von Seiten des Stadtrates wurde damals dieses Vorgehen unterstützt. Der Stadtrat ist daher bereit, das Postulat so entgegen zu nehmen. Innerhalb dieser zwei Jahre, in der die Lösung mit der Securitas gilt, wird der Stadtrat das Postulat und das weitere Vorgehen prüfen und dann dem GGR erneut Bericht und Antrag stellen.

Hugo Halter: Die CVP-Fraktion stellt einstimmig den Antrag, dieses Postulat nicht zu überweisen. Die materielle Begründung dazu ist immer noch die gleiche wie anlässlich der GGR Sitzung vom 28. September 2010. Entscheidend sind doch Fakten und Wirkung. Entscheidend sind aber auch das Gewaltmonopol und der Vollzug. Will der GGR bzw. der Bürger wirklich Wirkung vor Ort oder nur Präsenz und evtl. darüber diskutieren? Mit dem damaligen Entscheid wurde festgelegt, dass dieser Beschluss zwei Jahre befristet sein soll und ab 1. Januar 2011 - also seit rund 3 Wochen - wirksam ist. Wenn zudem im Bericht von Basler und Partner, Seite 31, die aufgeführten Nachteile gelesen werden, erübrigt sich wirklich ein solches Postulat. Ebenso stört es die CVP-Fraktion, dass auf diesem Anfrageweg des Postulates die Zielrichtung klar ist: Es soll ein weiterer Ausbau der Verwaltung stattfinden. Auch das ist auf der gleichen Seite im Bericht lesbar.

Stefan Hodel: An der Sitzung vom 28. September 2010 hat der Grosse Gemeinderat lange und ausführlich zum Thema öffentliche Ordnung und Sicherheit diskutiert. Der Vorschlag, das Anliegen in Form eines Postulates einzureichen, kam damals von Seite der FDP. Auch wer sich damals für Sicherheitsassistenten einsetzte, zum Beispiel die CVP-Fraktion, der wollte nicht eine private Lösung, sondern eine Lösung der öffentlichen Hand mit öffentlichen Angestellten. Seit der Diskussion vom 28. September hat auch der Kantonsrat entschieden, betreffend der Anzahl Stellen bei der Polizei Überlegungen anzustellen, dies im Zusammenhang mit dem Vorstoss der beiden Kantonsräte Straub und Gisler. Es kann also gehofft werden, dass die Stadt bald etwas entlastet wird. Der Beschluss vom 28. September 2010 ist für zwei Jahre befristet. Der Stadtrat muss sich also so oder so dem Thema annehmen. Mit dem Postulat wird der Stadtrat lediglich eingeladen, zu prüfen, ob die Einführung eines städtischen Ordnungsdienstes Sinn macht. Mit der Überweisung verpflichtet der GGR ihn somit nicht zur Einführung eines städtischen Ordnungsdienstes. Selbst wer keinen städtischen Ordnungsdienst möchte, kann somit dieses Postulat überweisen.

Abstimmung

über den Antrag der Postulanten für Überweisung gegenüber dem Antrag der CVP-Fraktion für Nicht-Überweisung:

Für Überweisung stimmen 13 Ratsmitglieder, für Nicht-Überweisung stimmen 23 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der GGR mit 13:23 Stimmen den Antrag für Überweisung abgelehnt und denjenigen der CVP-Fraktion für Nicht-Überweisung gutgeheissen hat. Das **Postulat der Fraktion Alternative CSP betr. Städtischer Ordnungsdienst ist damit nicht an den Stadtrat überwiesen und kann als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden.**

4. Sammelvorlage: Abschreibung von Vorstössen

Es liegt vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2127

Othmar Keiser gibt im Namen der CVP-Fraktion die volle Unterstützung für den Grossteil der Anträge bekannt. Nach Meinung der CVP-Fraktion sollte Ziff. 3, Motion betreffend Informationspolitik zu städtischen Wettbewerben, nicht abgeschrieben werden. Gleiches sieht die CVP-Fraktion bei Ziff. 4, Motion frühzeitige Kenntnisnahme relevanter Bauvorlagen durch die BPK. Vor dem Hintergrund, dass die Motion im 2003 eingereicht wurde, so erscheinen die Argumente für ein Abschreiben gänzlich im 2009 und 2010 stattgefunden zu haben. Es geht auch nicht an, dass die Motion unter Ziff. 4 mit denselben Punkten zur Abschreibung empfohlen wird. Die frühzeitige Information und der laufende Austausch sind aufrechtzuerhalten. Wieso etwas Gefordertes, das sich bewährt hat und Sinn macht, abschreiben? Die CVP-Fraktion übergewichten die Vorteile einer Aufrechterhaltung der beiden Motionen im Sinne der Zusammenarbeit des teilweise neuen Stadtrates und der teilweise neu bestückten sowie unter anderer Leitung stehenden Kommissionen, inkl. des teilweise neuen GGR's. Konkret: Auf die Anträge 1, 2, 5, 6 und 7 soll eingetreten werden und dieselben seien abzuschreiben. Nicht so für 3 und 4, wo die CVP-Fraktion eine ablehnende Haltung einnehmen wird. Othmar Keiser bittet im Namen der CVP-Fraktion, deren Sicht bei der Abstimmung zu berücksichtigen und zu unterstützen.

Ziff. 1: Motion betreffend Umzonung und Realisierung von preisgünstigen Wohnungen im Roost Zug

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird und somit die Motion gemäss Antrag Stadtrat stillschweigend abgeschrieben ist.

Ziff. 2: Motion zur Stärkung der Finanzkraft mittels Aufwandoptimierung

Philip C. Brunner beantragt nicht, die Motion nicht abzuschreiben, erlaubt sich aber trotzdem, zu dieser bereits vor rund 13 Jahren eingereichten Motion einige Bemerkungen anzubringen, bevor sie im städtischen Archiv verschwindet. Fasziniert haben Philip C. Brunner die beiden Tabellen auf der zweiten Seite der Motion, welche einerseits die Entwicklung der Ertragskraft der Steuern in den Jahren 1985 - 1997 zeigen. Andererseits zeigen sie die Entwicklung des Steuerfusses in der Stadt Zug bzw. im Kanton Zug. 1985 betrug der Steuerfuss der Stadt Zug 85 %. Bis heute ist er auf 60 % gesunken. Es besteht also ein Delta von 25 Punkten bzw. rund einem Drittel. Der Ertrag gemäss Voranschlag 1997 mit weniger als CHF 100 Mio. hat sich mittlerweile gemäss Rechnung 2009

auf sagenhafte CHF 285 Mio. erhöht, also um das 2,8fache. Gemäss Budget 2011 beläuft sich der Ertrag auf rund CHF 260 Mio.

Ratspräsident Jürg Messmer mahnt Philip C. Brunner, sich kurz zu halten, da es heute lediglich darum geht, ob die Motion abgeschrieben werden soll oder nicht.

Philip C. Brunner sieht den Grund für dieses Votum darin, dass die Lokalpolitik die Tendenz hat, manchmal die Dinge sehr kurzfristig von Monat zu Monat oder von Jahr zu Jahr zu betrachten. Hier geht es um einen Abschnitt von 13 Jahren. Es ist schon interessant, den Lauf der Entwicklungen zu sehen. Dies sei auch an die Adresse der linken Ratshälfte festgehalten, welche ständig moniert, dass Steuersenkungen schlussendlich den Staat schwächen. Es ist aber genau das Gegenteil der Fall.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird und somit die Motion gemäss Antrag Stadtrat stillschweigend abgeschrieben ist.

Ziff. 3: Motion betreffend Informationspolitik zu städtischen Wettbewerben

Ziff. 4: Motion Frühzeitige Kenntnisnahme relevanter Bauvorhaben durch die BPK

Urs Bertschi spricht sowohl als Präsident der BPK wie auch als Mitglied der SP-Fraktion: Namens der BPK, nicht zuletzt gestützt auch auf das besondere Anliegen des hoch verdienten ehemaligen BPK-Präsidenten, beantragt Urs Bertschi, die Ziff. 3 und 4 nicht abzuschreiben. Insbesondere das Thema Wettbewerbe wurde vom Stadtrat in dieser Abschreibungsvorlage nicht begründet. Der Verweis auf die Motion Ziff. 3 genügt selbstverständlich nicht, um auch die Motion Ziff. 4 abzuschreiben. Als Beispiel erinnert Urs Bertschi daran, dass der GGR unlängst darüber zu befinden hatte, ob er Alterswohnungen im Neustadt 2 bewilligen möchte. Dieser Wettbewerb hätte vielleicht, bevor das ganze Projekt auf die Schiene gesetzt wurde, allenfalls von Seiten der BPK mit allfälligen Empfehlungen verabschiedet werden können, hier nicht auf hochpreisige Alterswohnungen zu setzen, sondern bewusst tiefpreisige Alterswohnungen vorzusehen. Heute geht es um mittelpreisige Alterswohnungen. Dies hat mitunter damit zu tun, dass in der Wettbewerbsausschreibung vielleicht etwas zu stark die ganze Geschichte ausgebaut wurde. Es kann nicht darum gehen, dass die BPK oder allenfalls auch die GPK gar die Wettbewerbsvorlage dem Stadtrat vorschreibt, sondern darum, Wettbewerbe den beiden Kommissionen, oder zumindest der BPK als Fachkommission zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Karl Kobelt: Die FDP-Fraktion ist dafür, Ziff. 3 nicht abzuschreiben. Die Hauptargumente wurden bereits genannt. Es macht keinen Sinn, diese Motion abzuschreiben, da die frühzeitige Information sowohl bezüglich Wettbewerbe wie auch bezüglich namhafte Bauvorhaben eine Daueraufgabe in der neuen Zusammensetzung des Stadtrates darstellt. Deshalb soll sie auf der Traktandenliste behalten werden.

Manfred Pircher: Die SVP-Fraktion beantragt, Ziff. 3, 4 und 7 nicht abzuschreiben.

Stadtrat André Wicki sichert zu, dass mit Sicherheit keine restriktivere Informationspolitik eingeführt wird. Beide Motionen sind für den Stadtrat heute erfüllt und werden auch so gelebt. Stadtrat André Wicki persönlich begrüsst eine grosse Transparenz und das Einbinden der politischen Kommissionen zu einem frühen Zeitpunkt. So hat er bereits heute eine pro-aktive Informationspolitik für das Baudepartement festgelegt. Es ist der Stadt sowohl den Mitarbeitenden des Baudepartementes nicht gedient, wenn an den Bedürfnissen vorbei geplant und projiziert wird. Weiter ist darauf hinzuweisen, dass die Geschäftsordnung des GGR keine bestimmte Form der Erfüllung vorsieht. Der Stadtrat beantragt daher, die beiden Motionen Ziff. 3 und 4 abzuschreiben.

Ziff. 5: Dringliche Motion Bebauungsplan Post

Keine Bemerkungen.

Ziff. 6: Motion betreffend Einführung von Tempo 30-Zonen im Quartier Rötel und im Quartier Löberer/Loreto

Keine Bemerkungen

Ziff. 7: Postulat betreffend Erstellung von Parkplätzen auf dem unteren Landsgemeindeplatz zwischen Allerheiligen und Ostern

Manfred Pircher: Die Fraktion der SVP stellt den Antrag auf Nicht-Abschreiben und Umsetzung der in ein Postulat umgewandelten Motion. Auf der Seite 11, Auszug des Protokolls der Regierungsrats-Sitzung vom 18. August 2009, ist nachzulesen. (Zitat) „Der Stadtrat hat es nicht für notwendig gehalten, eine zweite Stellungnahme an den Regierungsrat abzugeben bez. Notwendigkeit, Zweckmässigkeit und Verhältnismässigkeit des Parkierungsbeschlusses einzureichen. Aus nicht nachvollziehbaren Gründen hat er davon nicht Gebrauch gemacht sowie in erster Linie auf den Versuchsbetrieb hingewiesen und dass eine Begründung erst später möglich sei.“ (Zitatende). Weiter rügt der Regierungsrat, dass der Stadtrat einen zweijährigen Versuchsbetrieb anordnete, obwohl das Gesetz nur einjährige Versuche zulässt. Die SVP hat den Eindruck, dass der Stadtrat die Formfehler absichtlich machte, um gegen den Willen des GGR keine Parkplätze zulassen zu müssen. Dies ist und war nicht die Meinung der Motionäre aus der SVP, denn die Möglichkeit besteht immer noch, diese Motion umzusetzen. Die SVP stellt den Antrag, dass die Stadt Zug per 1. November 2011 das Parkplatzregime als einjährigen Versuch einführt und formell richtig handelt. Einer allfälligen Beschwerde soll der Stadtrat die aufschiebende Wirkung entziehen. Das Verwaltungsgericht hat nämlich bereits ausgeführt, dass keine Rechtsnormen dagegen sprechen, zwischen Montag und Freitag wieder Parkplätze auf dem unteren Landsgemeindeplatz einzurichten. Insbesondere spricht auch der seinerzeitige Volksentscheid nicht dagegen.

Stadtpräsident Dolfi Müller: Es gibt verschiedene Arten von Motionen: Einerseits handelt es sich um Daueraufgaben, über die immer diskutiert werden kann. Andererseits handelt es sich um solche, die ganz klar durch einen Gerichtsentscheid als nicht umsetzbar und nicht im Rahmen der Rechtsordnung liegend deklariert wurden. Unmögliche Vorstösse müssen also wirklich nicht länger am Leben gehalten werden. Nach Meinung von Stadtpräsident Dolfi Müller ist die Motion auch nicht erheblich erklärt, sondern nur überwiesen worden. Der Stadtrat wollte das Begehren nun erledigen, da die gerichtliche Situation so deutlich ist, dass kein Leben mehr in diesem Vorstoss vorhanden ist. In diesem Sinne ersucht Stadtpräsident Dolfi Müller, die Motion abzuschreiben.

Manuel Brandenburg sieht die Situation nicht ganz so, wie Stadtpräsident Dolfi Müller glauben machen will. Das Verwaltungsgericht hat festgestellt, dass der Stadtrat Formfehler begangen hat, die an sich angesichts der zahlreichen Juristen in der städtischen Verwaltung nicht passieren dürften. Das Verwaltungsgericht hat auch festgestellt, dass das Postulat durchaus umsetzbar ist, wenn zwischen Montag und Freitag diese Parkplätze ermöglicht werden. Das wird von der Volksinitiative, welche das Volk früher angenommen hatte, nicht ausgeschlossen. Es handelt sich hier also nicht um einen unmöglichen Vorstoss, sondern um einen Fehler des Stadtrates. Manuel Brandenburg macht daher beliebt, dem Stadtrat nochmals eine Chance zu gewähren, das richtig zu machen, damit diese Parkplätze doch noch per Allerheiligen dieses Jahres erhalten werden können. Unmöglich ist das rechtlich absolut nicht.

Ratspräsident Jürg Messmer schlägt vor, über die drei Anträge betreffend die Ziff. 3, 4 und 7 für Nichtabschreibung einzeln abzustimmen.

Abstimmung

über den Antrag, Ziff. 3 nicht abzuschreiben:

Für den Antrag, die Motion Ziff. 3 nicht abzuschreiben, stimmen 37 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der GGR mit 37 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehrers, beschlossen hat, Ziff. 3, Motion betreffend Informationspolitik zu städtischen Wettbewerben, nicht abzuschreiben.

Abstimmung

über den Antrag, Ziff. 4 nicht abzuschreiben:

Für den Antrag, die Motion Ziff. 4 nicht abzuschreiben, stimmen 36 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der GGR mit 36 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehrers, beschlossen hat, Ziff. 4, Motion betr. frühzeitige Kenntnisnahme relevanter Bauvorlagen durch die BPK, nicht abzuschreiben.

Abstimmung

über den Antrag der SVP-Fraktion, Ziff. 7 nicht abzuschreiben:

Für den Antrag, das Postulat Ziff. 7 nicht abzuschreiben, stimmen 17 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 21 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der GGR mit 17:21 Stimmen den Antrag für Nicht-Abschreibung abgelehnt hat. Somit ist Ziff. 7, Postulat betreffend Erstellung von Parkplätzen auf dem unteren Landsgemeindeplatz zwischen Allerheiligen und Ostern, abgeschrieben.

Abstimmung

über den Antrag des Stadtrates, die Vorstösse Ziff. 1, 2, 5 und 6 abzuschreiben:

Für den Antrag des Stadtrates stimmen 38 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der GGR mit 38 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehr, den Antrag des Stadtrats gutgeheissen und die Vorstösse Ziff. 1, 2, 5 und 6 abgeschrieben hat.

Somit hat der GGR beschlossen, die Vorstösse Ziff. 1, 2, 5, 6 und 7 abzuschreiben, hingegen die Vorstösse Ziff. 3 und 4 nicht abzuschreiben.

5. Bebauungsplan Lauried, Plan Nr. 7083: 2. Lesung

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2100.2

Bericht und Antrag der BPK Nr. 2100.3

Antrag Fraktion Alternative/CSP vom 9. Dezember 2010

Antrag SP-Fraktion vom 15. Januar 2011

Ratspräsident Jürg Messmer: Es sind an der heutigen Sitzung keine neuen Anträge mehr zulässig.

Urs E. Meier, Vertreter der BPK: Wenn der Stadtrat in seiner Vorlage einen Vorsprang mit „Das Wichtigste im Überblick“ kreiert, dürfte erwartet werden, dass darin auch das Wichtigste enthalten ist. Der Stadtrat hat jedoch vergessen, dass er selber drei Änderungsanträge seit der 1. Lesung eingebracht hat. Diese würden aber auch dazu gehören. Die nach der 1. Lesung erfolgte Einwendung betrifft die Zuteilung der gesamten Parkplätze auf die einzelnen Parzellen. Normalerweise erfolgt diese aufgrund der Nutzflächen. In diesem Fall hat aber der Stadtrat die Praxis geändert und ging von den Grundstückflächen aus. Diese Abweichung begründet sich mit der heute noch nicht bekannten und noch nicht definierten Nutzung des Gebietes. Die Einsprache verlangte eine Praxisänderung für die Zuteilung aufgrund der Nutzungsfläche, da diese für die betreffende Partei von Vorteil wäre. Alle Ändern waren offenbar mit der Zuteilung aufgrund der Landflächen einverstanden. Der Stadtrat ist auf diesen Einwand eingetreten und schlägt eine Praxisänderung vor. In der BPK wurde diese Änderung des Stadtrates teilweise als unklug bezeichnet. Es wurde zuerst eine einvernehmliche Einigung unter all den verschiedenen Landeigentümern gefordert, dass sie mit dieser geänderten Praxis einverstanden sind. Mittlerweile liegt eine schriftliche Unterlage vor, wobei von einer Einvernehmlichkeit nicht viel zu spüren ist. Aus diesen Gründen beantragt die BPK, die Zuteilungspraxis gemäss 1. Lesung beizubehalten, zumal damals auch alle damit einverstanden waren. Der Stadtrat schlägt vor, dem Antrag bezüglich Übergang zwischen Alt und Neu stattzugeben. In der BPK wurde zudem beantragt, nicht nur eine „Kann-Formulierung“ zu wählen, sondern zwingend vorzuschreiben, dass die höheren neuen Häuser befenstert werden müssen. Diesem Antrag hat die BPK schlussendlich zugestimmt. Bereits seit der 1. Lesung stand der Antrag zur Diskussion, die alten Gebäude als Gesamtes zu erhalten. In der intensiven Diskussion wurde auch die Auffassung geäußert, dass dies nicht die richtige Stelle sei, um die Stadt zu retten. Wenn man diese Häuser retten wolle, müsse das gesamte U zusammenhängend erhalten bleiben. Der Antrag des Stadtrates, wonach die Bestimmungen zum Teilgebiet B reduziert werden sollen, wurde von der BPK ebenfalls gutgeheissen. In der 1. Lesung beantragte Astrid Estermann eine Erhöhung des Wohnanteiles. Aufgrund von Signalen, wonach gewisse Bauherrschaften günstigen Wohnraum erstellen möchten, hat der Stadtrat in zwei Gebieten einen Wohnanteil von 50 % festgelegt. Diesem Antrag des Stadtrates stimmte die BPK ebenfalls zu.

Stadtrat André Wicki: Bezüglich Zuteilung der Parkfelder hat der Stadtrat eine Umfrage bei den 15 Grundeigentümern durchgeführt. Davon haben 9 stillschweigend ihr Einverständnis zur neuen Berechnungsart kundgetan, bzw. 1 kann sich beide Berechnungsarten vorstellen. 4 haben sich für die anrechenbare Geschossfläche ausgesprochen und nur 1 Grundeigentümer (allerdings der Grösste) bevorzugt die ursprüngliche Berechnungsart. Für den Systemwechsel (aGF statt anrechenbare Landfläche) sprechen das Parkplatz-Reglement (aGF) und die SIA-Normen (aGF). Die Anzahl Parkplätze stimmt mit der möglichen Nutzung überein. Daher empfiehlt der Stadtrat, auf die neue Berechnung (anrechenbare Geschossfläche) zu gehen. Eine grosse Abweichung von Parkplätzen wird sich dadurch nicht ergeben. Die Abgrenzung und der Übergang Teilgebiete A und B haben mit dem Stadttunnel zu tun. So ist heute noch nicht klar, wie viel Raum die Gubelstrasse künftig beansprucht. Der Anteil des Gebietes, der keine offenen Fragen mehr aufweist, ist daher abgetrennt und als Teilgebiet A ausgeschieden worden. Die Grenzziehung durch den bestehenden Blockrand ist gestützt auf die Empfehlung der Stadtbildkommission erfolgt. Bauwillige Grundeigentümer können so ihre Projekte realisieren (geplant preisgünstiger Wohnungsbau). Erlaubt ist diese Grenzziehung nicht zuletzt, weil die Gebäude nicht unter Denkmalschutz stehen. Es ist wichtig, diesen städtebaulich heiklen Bereich optimal zu gestalten. Deshalb schlägt der Stadtrat vor, den Bebauungsplan zu ergänzen mit einer Bestimmung, die sicherstellen soll, dass eine harmonische Gesamtsituation entsteht. So sollen im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens gestützt auf den Bebauungsplan Massnahmen wie durchgehende Befensterungen verlangt werden können. Der Antrag des Stadtrates ist in diesem Sinne gutzuheissen. Neue Baubereiche AW5 und AW6: Gewisse Grundeigentümer beabsichtigen, preisgünstigen Wohnraum zu erstellen. Das ist im Baubereich A5 bzw. A6 sind nicht genügend Wohnanteile vorgegeben. Mit dem neuen Baubereich sind die Eigentümer indessen verpflichtet einen minimalen Wohnanteil von 50 % zu realisieren. Auch hier empfiehlt der Stadtrat, diesen Antrag gutzuheissen.

Ignaz Voser: Hier bestimmt der GGR über ein grosses Stück Stadt Zug. Mit den heute gefällten Entscheiden wird auch ein Stück Stadtplanung realisiert. Der GGR wird damit einen grossen Teil der neuen Stadt mitgestalten. Um dies zu tun, sollte man aber auch noch einige Dinge wissen: Jetzt ist dieses Gebiet relativ locker und heterogen bebaut. So gibt es Läden, eine Garage, ein Nagelstudio, eine Puppenklinik, es wird gewohnt und gearbeitet. Die Gebäude entlang der Baarerstrasse sind teilweise nur viergeschossig. Im hinteren Teil gibt es bereits sechsgeschossige Gebäude, die teilweise an fünfgeschossige Gebäude anschliessen. Dazwischen hat es Gartenplatz und offene Räume. Dies zu ändern und zu verdichten scheint durchaus auch im Sinne und Geist der neuen Bauordnung zu liegen. Im letzten Herbst hat der GGR die neue Bauordnung gutgeheissen und dabei dieses Gebiet aufgezonzt. Aus den 3.- und 4-geschossigen Gebäuden sind damit 5-geschossige Gebäude geworden, da sie in die Zone WA5 eingeteilt wurden. Mit dem Bebauungsplan wird nun noch eine weitere Geschosseinheit auf 6 Geschosse dazu geschoben. Die Ausnützungsziffer liegt somit 55 % über der Regelbauweise. Damit vergibt der GGR heute auch ein tolles Geschenk. Die Bauträger und Eigentümer erhalten ein Geschenk, mit dem sie hoffentlich auch verantwortungsvoll umgehen werden.

Die Fraktion Alternative-CSP ist auch nach Vorliegen der Änderungsanträge des Stadtrates nach wie vor der Meinung, dass die Unterteilung in ein grosses Teilgebiet A und in ein kleineres Teilgebiet B für die Stadt nicht optimal gewählt und aufgeteilt ist. Diese Lösung ist für die Fraktion Alternative-CSP weiterhin und speziell nach Gewähren eines derart hohen Ausnützungsbonus weder ästhetisch noch städtebaulich nachvollziehbar. Denn diese erfordert Qualität. Was ist denn Qualität? Hier entstehen nur grössere Häuser und viel mehr Volumen. Es wird enger. Diese Form einer qualitativ hoch stehenden Quartierentwicklung ist eher fraglich. Den Planungssperimeter quasi Mitten durch einen intakten Gebäudekomplex zu legen ist allem voran aus Gründen einer qualitativen Siedlungsplanung nicht zu verstehen. Dieser brachiale Übergang von Alt zu Neu kann auch mit viel gutem Willen nur misslingen. Das Giebeldach der restlichen Häuserzeile wird immer als Fremdkörper an den weit höheren Neubau angeklebt wirken und auch mit den vom Stadtrat geforderten neuen Fenstereinteilung immer als fragmentarischer, übrig gebliebener Anbau wirken. Das ist nicht nötig. Wenn man schon aus verkehrstechnischen Gründen ein Teilgebiet B zur näheren Prüfung ausscheidet, dann sollte diese auch der Qualitätssicherung und den geforderten Vorteilen für das Siedlungsbild als Ganzes dienen. Wohlverstanden: das Siedlungsbild ist heute an dieser Ecke ablesbar und intakt. Es ist aber eine Verschlimmbesserung zu befürchten. Hierzu die bestehende Einheit des südlichen Gevierts zu entstellen, widerspricht den eingeforderten Qualitäten eines Bebauungsplanes grundsätzlich. Brisant - ausgerechnet an dieser Stelle würde dann wirklich günstiger Wohnraum vernichtet. Nachdem mitgeteilt wurde, dass diese Blockrandbebauung tatsächlich im kantonalen Arbeitsinventar mit dem Vermerk Denkmalwürdigkeit wird ernsthaft erwogen aufgeführt ist, scheint es richtig und angebracht, hier nichts übers Knie zu brechen und somit ohne Zeitdruck Klarheit zu schaffen. Die Einheit des südlichen Gevierts ist daher zu bewahren bis einerseits die ernsthaft erwogene Unterschutzstellung und andererseits die Auswirkungen und Linienführung des zukünftigen Stadttunnels auf diesen Quartierteil vertieft geprüft und geklärt sind. Damit wäre auch der Rechtsicherheit für alle Eigentümer der betroffenen Blockrandbebauung zur gleichen Zeit Genüge getan. Die Fraktion Alternative-CSP ist durchaus der Meinung, dass dieser Bebauungsplan in weiten Teilen Sinn macht. Nur sollte er nicht das Zerschneiden der Häuserzeile Landis zur Folge haben und dann noch postulieren. Mit der Bewilligung dieses Bebauungsplanes wird dieses Haus zerschnitten, was die Fraktion Alternative-CSP nur ablehnen kann. Aus diesen Gründen beantragt die Fraktion Alternative-CSP nur die Ausweitung des Teilgebietes B und verzichtet auf den Teil 2 (Prüfung der Schutzwürdigkeit).

Urs E. Meier, Vertreter der BPK: In der 1. Lesung hat Urs B. Wyss vorgeschlagen, entlang der Baarerstrasse auf 7 Geschosse zu erhöhen und die Blockrandbebauung gegen Süden zu schliessen, um noch mehr Wohnraum generieren zu können. Der Stadtrat schlägt in seinem Antrag vor, darauf nicht einzutreten, die 6 geschossige Bauweise zu belassen und die Blockrandbebauung nicht zu schliessen.

Stadtrat André Wicki: Ursprünglich wurde von einem 7-geschossigen Baubereich mit Wohnanteil ausgegangen. Der Stadtrat hat sich für einen 6-geschossigen Baubereich entschieden. Im innerstädtischen Bereich haben sich die Gebäudehöhen auf 6 Geschosse eingespielt. Bezüglich Wohnanteil für preisgünstigen Wohnungsbau liegt der Vorschlag zur Diskussion, die Bereiche A5 und A6 in AW 5 und AW6 umzuwandeln.

Adrian Moos: Das Gebiet Lauried ist aufgrund seiner verkehrsgünstigen Zentrums Lage geradezu prädestiniert, verdichtet bebaut zu werden. Genau an solchen Lagen kann ein Wachstum in dieser Stadt sinnvoll und verträglich umgesetzt werden. Mit solchen "inneren" Verdichtungen schafft man sich die Möglichkeit, trotz eines gewissen Wachstums die umgebenden Grünflächen zu erhalten. Nachdem der überarbeitete Bebauungsplan Lauried im Grenzbereich zwischen den Teilgebieten A und B griffige Vorschriften für die Gestaltung der Fassaden beinhaltet, ist die Gefahr gebannt, dass zwischen dem bebauten Teilgebiet B und den Neubauten im Gebiet A für Jahre oder Jahrzehnte eine unansehnliche Brandmauer entsteht. Aufgrund dieser Anpassung ist die Fraktion der FDP der Ansicht, dass in städtebaulicher Hinsicht an diesem Bebauungsplan nichts mehr geändert werden muss. Dies bezieht sich sodann auf die Anträge der CSP und der SP, welche die FDP-Fraktion ablehnt. Es geht nicht an, dass bei jedem zweiten Bebauungsplan plötzlich die Frage des Denkmalschutzes aufs Tapet gebracht wird und die Planung jeweils für Jahre ausgesetzt werden muss. Wären die entsprechenden Bauten tatsächlich schutzwürdig, so hätten sie wohl bereits Aufnahme in ein entsprechendes Inventar gefunden. Zu den einzelnen Anträgen des Stadtrates: Hinsichtlich der Zuteilung der Parkfelder unterstützt die FDP-Fraktion den Änderungsantrag des Stadtrates, wonach die Parkfelder gemäss den anrechenbaren Geschossflächen zugeteilt werden. Adrian Moos erlaubt sich aber den Hinweis, dass selbst die Planer der Stadt sich da offenbar nicht ganz einig waren und auch dieses Umschwenken des Stadtrates nach einer Einwendung auch nicht zeigt, dass es hier eine absolut richtige Lösung gibt. Vielleicht ist der GGR in dieser Frage als Milizparlament etwas überfordert. Die FDP-Fraktion vertraut hier dem Stadtrat. Im Weiteren unterstützt die FDP-Fraktion den Antrag des Stadtrates, wonach der Übergang zwischen den Teilgebieten A und B so ausgebildet werden muss, dass eine harmonische Gesamtsituation entsteht. Dies beinhaltet insbesondere die Vorschrift, dass eine entsprechende Fassade zwingend durchgehend befenstert wird. Den Antrag des Stadtrates, wonach entlang der Guthirt- und der Bleichstrasse ein minimaler Wohnanteil von 50% eingeführt wird, unterstützt die FDP-Fraktion ebenfalls. Schliesslich unterstützt die FDP-Fraktion auch den Antrag des Stadtrates, gemäss welchem für die Überbauung des Teilgebietes B der Bebauungsplan Lauried im ordentlichen Verfahren zu ergänzen ist. Dies ist insbesondere von Bedeutung, da die zukünftige Entwicklung in diesem Gebiet noch nicht absehbar ist und auch die Führung des allfälligen Stadttunnels auf die Situation Einfluss haben wird. In diesem Sinne bittet Adrian Moos um Unterstützung des Bebauungsplanes Lauried.

Manfred Pircher: Die Fraktion der SVP lehnt die Anträge der CSP und SP geschlossen ab. Auf der einen Seite fordert die Linke immer günstigen Wohnraum, wehrt sich aber gegen verdichtetes Bauen an dieser Lage. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrates, den Bebauungsplan Lauried in 2. Lesung festzusetzen.

Karin Hägi: Die SP-Fraktion kann die Anträge des Stadtrats mit den Änderungen gegenüber der 1. Lesung gutheissen. Auch den Vorbehalt, neu Antrag, der BPK kann bejaht werden. Die SP-Fraktion wird aber einer Festsetzung des Bebauungsplans nicht zustimmen, wenn das Teilgebiet B nicht auch die Parzellen 519 und 520 umfasst. Die Haltung der SP-Fraktion hat sich in dieser Frage seit der 1. Lesung nicht geändert. So ist ihr Antrag zur 2. Lesung nur konsequent. Der Antrag lautet: Das Teilgebiet B (Parzellen 521 – 525) ist um die Parzellen 519 und 520 zu erweitern. Die SP-Fraktion möchte die Einheit des südlichen Gevierts bewahren, bevor eine Unterschutzstellung der Blockrandbebauung durch den Denkmalschutz nicht definitiv vom Tisch ist. Die Parzellen 519 bis 525 gehören als gewachsene Stadtstruktur zusammen. Die Abtrennung der Parzellen 519 und 520 im Norden könnte zu einem Präjudiz führen. Die Diskussion betreffend jetziges Teilgebiet B und den zwei Parzellen kann, insbesondere betreffend Stadttunnel und Unterschutzstellung, so ohne Zeitdruck geführt werden. Die Häusergruppe entlang der Baarerstrasse zwischen der Gubel- und Bleichstrasse ist im Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz, ISOS, mit dem Erhaltungsziel B (Erhaltung der Struktur) aufgeführt. Die an prominenter Lage 1924 erbaute markante Gebäudegruppe ist auch 1990 im Verzeichnis schützenswerter Bauten, Baugruppen und Anlagen der Stadt Zug aufgeführt. Und im 1992 herausgegebenen Zuger Bautenführer ist die Blockrandbebauung als eines von 52 ausgewählten Objekten in der Stadt Zug aufgeführt. Kann sich der GGR heute einfach darüber hinwegsetzen ohne eine seriöse Abklärung? Insbesondere da auf die Nachfrage von Karin Hägi George Frey, der kantonale Denkmalpfleger, meinte, dass diese Häusergruppe vermutlich schützenswert ist und der Denkmalschutz noch nicht entschieden hat. Der Denkmalschutz sei mit dem Bebauungsplan etwas überrollt worden. Gerade im Stadtzentrum braucht es auch Zeitzeugen und nicht nur moderne Neubauten. Mit der Überbauung City-Park wurde bewiesen, dass dank einem Nebeneinander von alten und neuen Bauten sehr gute Lösungen entstehen können. Der Bebauungsplan kann problemlos auch mit erweitertem Teilgebiet B festgesetzt werden. Die SP-Fraktion möchte nicht, dass der GGR über eine Schutzwürdigkeit der Gebäude entscheidet. Sie möchte nur die Blockrandbebauung als Einheit erhalten, bis die Abklärungen betreffend Unterschutzstellungen abgeschlossen sind. Sonst ist es in etwa so, wie wenn der Arzt dem Patienten den kleinen Finger abbindet und ihm dann einem Monat später mitteilt, die Hand könne als Ganzes geheilt werden. Nun sei es aber leider für den kleinen Finger schon zu spät. Karin Hägi ersucht um Unterstützung des Antrages der SP-Fraktion, damit in Ruhe und mit der gebotenen Sorgfalt die Erhaltung eines ausdrucksvollen Bauwerks abgeklärt werden kann.

Franz Weiss: Ein Bebauungsplan hat zum Ziel, auch eine etappenweise Erneuerung eines Gebietes zu ermöglichen. Ziel ist es, auch eine qualitätsvolle Überbauung mit einem Übergang zum Wohngebiet zu schaffen. Der Bebauungsplan sieht entlang der Baa-

erstrasse Arbeitsnutzungen, entlang der Lauriedstrasse dagegen vornehmlich Wohnnutzungen vor. Die Grundeigentümer südlich der Bleichstrasse bekunden die Absicht, preisgünstigen Wohnraum zu erstellen. Auch die Grundeigentümer entlang der Gutthirtstrasse äusserten sich dahingehend. Die CVP-Fraktion unterstützt, dass diese Abschnitte einen minimalen Wohnanteil von 50% erfüllen müssen, es könnte auch mehr Wohnraum entstehen. Daher unterstützt die CVP-Fraktion die Anträge der Fraktion Alternative-CSP und der SP-Fraktion nicht, stimmt jedoch den Anträgen von Stadtrat und BPK zu und will den Bebauungsplan Lauried grossmehrheitlich festsetzen.

Ignaz Voser: Stadtqualität hat viel auch nicht nur mit Verdichtung zu tun, sondern mit der Nutzung der einzelnen Gebäude. Die Fraktion Alternative-CSP ist nicht grundsätzlich dagegen, sondern wehrt sich dagegen, hier keine Qualität einzufordern. Auch die Fraktion Alternative-CSP möchte verdichten und erachtet dies im Stadtzentrum auch als sinnvoll. Eine weitere Qualität einer Stadt hat nicht nur zur Folge, dass die Nutzungen ganz klar zugeteilt werden, sondern eine Qualität eines Gebäudes ist vielleicht auch eine spätere Umnutzung. In dieser Stadt gibt es gute und meistens aus dicken Steinmauern gebaute Gebäude, die über Jahrhunderte umgenutzt werden können. Das ist Qualität einer Stadt und nicht nur die reine Rechnerei, wo gewohnt und wo gearbeitet wird. Die Mischnutzung hat in diesem Fall durchaus Vorrang. Ignaz Voser persönlich würde sich wünschen, dass nicht nur über die Parkplätze, sondern auch über die anderen Qualitäten diskutiert wird, die man in der Stadt noch zu gut hat. Arbeiten, Wohnen und sich in der Stadt aufhalten, könnte mit einer solchen Überbauung sehr gut ermöglicht werden. Der Bebauungsplan ist durch die Vergrösserung des Teilgebietes B überhaupt nicht behindert. Die von Franz Weiss so in den Vordergrund gestellte etappenweise Realisierung ist auch problemlos möglich. Das ist bereits heute so. Die Etappen sind aber so hässlich, dass dieser Bebauungsplan herbeigesehnt wird, jedoch mit dem grossen Teilgebiet B.

Manfred Pircher weiss, dass Ignaz Voser das Gebäude am liebsten stehen lassen würde. Das wäre aber im Hinblick auf die neuen Gebäude ebenfalls hässlich, ist doch die Bausubstanz nicht so hervorragend, wie Ignaz Voser weismachen will. Heute geht es nicht um ein Projekt, das heute oder morgen realisiert wird, sondern um einen Bebauungsplan. Es fliesst noch viel Wasser die Lorze hinunter, bis gebaut wird.

Urs Bertschi spricht nicht in seiner Funktion als BPK-Präsident, sondern als Mitglied der SP-Fraktion, zumal auch dieses Geschäft vor seinem Amtsantritt aufgelegt wurde. Es wäre schade, wenn sich der GGR hier in eine Links-Rechts-Polemik ergiessen würde. Es geht um zu viel. Vielmehr wäre in dieser Sache Vernunft und gesunder Menschenverstand gefragt. Es besteht kein Zeitdruck, hier ein Kind mit dem Bade auszuschütten. Dieser Bebauungsplan ist ein riesen Werk. Man kann sich dabei ein Areal in der Grösse des bestehenden Metalli vorstellen, auch wenn hier keine Einkaufsmeile entsteht. Es ergibt sich hier ein massiver Eingriff in das Stadtbild, welcher gleichzeitig eine intakte, identitätsstiftende Häuserzeile günstigem Gewerbe und Wohnraum wegradieren würde, indem man mit der heutigen Verabschiedung des Bebauungsplanes die Zeile im Norden

amputieren würde. Zudem könnte diese Zeile auch schutzwürdig sein. Dies ist noch zu prüfen. Gäbe es heute noch die alte Metallwarenfabrik anstelle der Metalli, gäbe es kein neues Stadtzentrum in dieser Form. Aber es gäbe vielleicht ein Stadtgebiet, welches einen tollen Mix von Alt und Neu hätte, der in seiner Attraktivität ohne weiteres einem Metalli das Wasser reichen könnte. Heute gibt es die Metalli-Wüste. Den einen gefällt es, die anderen haben da so ihre Vorbehalte. Die Möglichkeit eines Nebeneinander von Alt und Neu sollte nicht vorschnell eliminiert werden. Daher rechtfertigt es sich, das Teilgebiet B durch die Parzellen 519 und 520 zu erweitern. Urs Bertschi zitiert hierzu den Stadtarchitekten in der Neuen Zuger Zeitung vom 19. Juni 2010 (Zitat): „In Thun oder Biel würde wohl Niemand solche Häuser abreissen. Dort wären dies Renditeobjekte.“ (Zitatende). Weiter sagt er, dass hier in Zug der Druck halt gross sei und das Wachstum rasant. Zitat: „Die Entwicklung ist in Zug ruckartig, manchmal zum Teil fast rüppelhaft.“ (Zitatende). Der GGR will sich doch nicht für diese Rüppelhaftigkeit verantwortlich machen. Da kein Zeitdruck besteht, kann dieses Teilgebiet B ohne weiteres einmal in seiner ganzen Homogenität stehen gelassen werden. Daran vermag nach Meinung der SP-Fraktion selbstverständlich auch das „Zückerli“ mit dem preisgünstigen Wohnungsbau in der angedachten Nordüberbauung im Teilgebiet B nichts zu ändern. Solange es sich dabei nämlich bloss um ein reines Lippenbekenntnis handelt, vertut man sich auch hier keine Chance. Aufgeschoben ist ja nicht aufgehoben. Zudem fragt sich, ob es diesem Grundeigentümer oder den Grundeigentümern wirklich um preisgünstigen Wohnungsbau geht. Würde Urs Bertschi angesichts der absehbaren Opposition so etwas realisieren, würde er natürlich auch auf diesen Zug in Zug aufsteigen. Wenn dieser Zug ins Rollen gebracht wird, gibt es wohl kaum mehr Opposition. Denn wer möchte sich schon gegen preisgünstige Wohnungen wehren. Man muss sich aber fragen, ob diese Grundeigentümer allenfalls bereit wären, ihre Parzellen mit einer Zone für preisgünstigen Wohnungsbau überlagern zu lassen. Dann hätte man Nägel mit Köpfen gemacht und wüsste, dass hier zumindest 50 % preisgünstiger Wohnraum entsteht und nicht irgendein Luftschloss, welches sich dann am Schluss in Luft auflösen könnte. Schlussendlich wird der GGR heute eine Güterabwägung zum Wohle der Stadt, des Städtebaus, von zahlbaren Nutzungen gegenüber teureren Verdichtungen vornehmen müssen. Der Verdichtung an sich redet selbstverständlich auch die SP-Fraktion grossmehrheitlich das Wort. Der GGR wird sich heute bei seinem Entscheid am Gemeinwohl orientieren und sich die Frage stellen müssen, wie viele Metalli-Kolosse er in diesem innerstädtischen Perimeter noch möchte. Soll es bis Anhin eines bleiben mit einer massvollen Entwicklung im Teilgebiet A oder will man das Teilgebiet B, welches in sich bis heute noch homogen ist, auch dazuschlagen?

Stadtrat André Wicki. Die Abgrenzung Übergang Teilgebiet A und B wurde nicht in einer Nacht entwickelt, sondern es wurden sehr grosse Anstrengungen gemacht. Die Grenzziehung und Harmonisierung zwischen den beiden Blöcken wurden gut abgestimmt und auf die Empfehlungen der Stadtbildkommission und der Bau- und Planungskommission abgestützt.

Abstimmung

über den Antrag der Fraktion Alternative-CSP und der SP-Fraktion betr. Erweiterung des Teilgebietes B um die Parzellen 519 und 520:

Für den Antrag der Fraktion Alternative-CSP und der SP-Fraktion stimmen 14 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 24 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der GGR mit 14:24 Stimmen den Antrag der Fraktion Alternative-CSP und der SP-Fraktion abgelehnt hat.

Einwendung Werner Brandenburg:

Ratspräsident Jürg Messmer: Der Stadtrat empfiehlt dem GGR, diese zur Kenntnis zu nehmen und gutzuheissen.

Das Wort wird hiezu nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt und somit die Einwendung Werner Brandenburg gemäss Antrag des Stadtrates gutgeheissen ist.

Antrag der BPK, es sei die Fensterfront beim Übergang Teilgebiet A zu B zwingend vorzuschreiben:

Stadtrat André Wicki: Der Stadtrat ist bereit diese Präzisierung zu übernehmen.

Antrag Stadtrat betr. Neue Baubereiche AW5 und AW6:

Das Wort wird hiezu nicht verlangt.

Antrag des Stadtrates betr. Reduktion der Bestimmungen zum Teilgebiet B:

Das Wort wird hiezu nicht verlangt.

Antrag des Stadtrates zur Festsetzung des Bebauungsplanes Lauried:

Das Wort wird hiezu nicht verlangt.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 - 4 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Jürg Messmer erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung:

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 24:14 Stimmen den Anträgen des Stadtrates zu.

Ignaz Voser beantragt namens der Fraktion Alternative-CSP das Behördenreferendum.

Ratspräsident Jürg Messmer: Für die Ergreifung des Behördenreferendums sind gemäss § 8 der GO mindestens die Stimmen von 14 Ratsmitgliedern notwendig.

Abstimmung

über den Antrag von Ignaz Voser für das Behördenreferendum:

Für das Behördenreferendum stimmen 14 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass mit 14 Jastimmen das notwendige Quorum genau erreicht und das Behördenreferendum zustande gekommen ist. Die Abstimmung findet voraussichtlich am 15. Mai 2011 statt.

Beschluss des Grossen Gemeinderates von Zug Nr. 1542
betreffend Bebauungsplan Lauried: 2. Lesung; Festsetzung

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2100 vom 1. Juni 2010 und Nr. 2100.2 vom 30. November 2010:

1. Der Bebauungsplan Lauried wird festgesetzt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
3. Das Baudepartement wird gestützt auf § 41 des Planungs- und Baugesetzes (PBG) beauftragt, diesen Beschluss nach unbenütztem Ablauf der Referendumsfrist oder nach einer allfälligen Urnenabstimmung zweimal im Amtsblatt zu publizieren und während 20 Tagen öffentlich aufzulegen.
4. Dieser Beschluss tritt unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss § 8 der Gemeindeordnung mit der rechtskräftigen Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft. Er wird in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.

6. Volksinitiative „2000 Watt für Zug“

Es liegt vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2132

Ratspräsident Jürg Messmer: Gemäss § 48, Abs. 4, GSO ist Eintreten zwingend vorgeschrieben, weshalb direkt zur Detailberatung geschritten werden kann.

Detailberatung

Stadtrat Andreas Bossard: Das Thema ist komplex, weckt Emotionen und viele Meinungen sind vorgefasst. Die Diskussionen zeigen vor allem, dass nur sehr wenige eine klare Vorstellung davon haben, worum es wirklich geht. Noch gibt es mehr Fragen als Antworten. Stadtrat Andreas Bossard erlaubt sich deshalb einen weiteren Versuch, zu erläutern, warum bereits der alte und nun auch der neue Stadtrat diese Vorlage unterstützt.

Die drei wichtigsten Hintergründe sind:

1. Alle können erkennen, dass sich die Welt immer schneller verändert. In weniger als 50 Jahren werden fünfmal mehr Menschen auf diesem Planeten leben als zu Zeiten unserer Grosseltern. Diese Menschen wollen ernährt werden. Sie wollen arbeiten, konsumieren und ihre Freizeit geniessen.
2. Die Klimaproblematik kann nicht mehr wegdiskutiert werden. Im Klimabericht der vereinigten Nationen werden als wichtigste Ursache der Erderwärmung (mit einer Wahrscheinlichkeit von über 90 Prozent) die menschlichen Emissionen des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) dafür verantwortlich gemacht.
3. Das Zeitalter der fossilen Ressourcen neigt sich dem Ende. Laut den neuesten Prognosen der Internationalen Energie-Agentur (IEA) wird sich der Verbrauch fossiler Energie bis 2035 noch einmal verdoppeln, obwohl der sogenannte PeakOil im Jahr 2015 erreicht sein wird. Es gibt auch Andere, die behaupten, dass dieser bereits hinter uns liegt und konservative Betrachter beruhigen und meinen, dass dieser Peak erst im Jahr 2030 erreicht sein wird. Klar ist, es wird weniger gefunden als nötig wäre, um den zukünftigen Bedarf zu decken.

Diese drei Gründe haben den Stadtrat veranlasst, herauszufinden, ob und welche Auswirkungen dies für eine Stadt wie Zug haben kann. Stadtrat Andreas Bossard möchte dies am wichtigsten Ziel erläutern: Die CO₂-Reduktion. Heute ist die Stadt Zug zu $\frac{3}{4}$ von fossilen Energieträgern abhängig. Ein Teil davon geht in den Verkehr (33 %), der grössere Anteil (42 %) wird in Stadtzuger Gebäuden verheizt. Dafür bezahlen Zugerinnen und Zuger jeden Winter rund CHF 32 Mio. Sehr viel Geld, das schnurstracks in Länder fliesst, in die man sich nicht einmal in die Ferien trauen. Was in Staaten wie Libyen, Iran etc. mit diesem Geld passiert, kann leider nicht beeinflusst werden. Die Stadt Zug ist den 2000-Watt-Diskussionen nicht allein. Viele Städte sind in der gleichen Ausgangslage. Einige haben das bereits gemerkt, bereiten sich vor oder sind schon dabei, sich schleunigst in eine bessere Position zu bringen. Abwarten und nichts tun, ist auf jeden Fall die schlechteste Strategie. Dabei wäre gerade Zug in einer überaus privilegierten

Situation und könnte mit See-, Fluss-, Grundwasser und Erdwärme den gesamten Wärmebedarf der ganzen Stadt decken. Heute werden bestenfalls vielleicht 2% dieser lokal vorhandenen Ressourcen genutzt. Für eine solche Umstellung braucht es vor allem Zeit! Wenn sehr bald begonnen wird, kann die Stadt Zug es schaffen. Es geht dabei auch um Investitionen in der Grössenordnung von bis zu CHF 400 Mio. Geld das hier im Kanton oder in der Region bleibt und nicht in problematische Staaten exportiert wird. Damit verbunden wären ein nicht zu verachtender wirtschaftlicher Innovationsschub und die Schaffung vieler Arbeitsplätze. Allein durch eine solche Umstellung könnte sich die Stadt von der fossilen Abhängigkeit befreien und ganz wichtig: Sie könnte ihr CO₂-Ziel schon fast erreichen, ohne dass sich jemand einschränken müsste. Nun wird man sagen: Aber das braucht doch alles Strom! Das ist natürlich richtig. Damit komme nun zum zweiten Schwergewicht in den Zielen: Die Leistungsreduktion. In Zug werden rund 20% des Energiebedarfes durch Elektrizität gedeckt. Dieser Strom macht aber beinahe die Hälfte der heutigen 6800 Watt aus. Das hat damit zu tun, dass der heutige Strommix in Zug zu 86% aus Kernkraft und lediglich 13% aus Wasserkraft gewonnen wird. Strom aus AKW's hat einen Primärenergiefaktor, der rund 3 ½ Mal höher ist als Strom aus Wasserkraft oder anderen erneuerbaren Ressourcen. Das heisst: Für eine Kilowattstunde AKW-Strom werden 3 ½ Mal so viele Ressourcen nötig wie für eine Kilowattstunde aus erneuerbaren Ressourcen. Würde man es also schaffen, in 40 Jahren die Stromproduktion grösstenteils auf erneuerbare Ressourcen umzustellen, möglicherweise teilweise aus der Region, wäre auch das Ziel der Leistungsreduktion schon fast erreicht. Und auch das, ohne dass sich irgendjemand einschränken müsste. Das nennt man Fortschritt und nicht Rückschritt! 1 Tonne CO₂ oder 2000 Watt haben eigentlich kaum etwas mit der Verbraucherseite zu tun, sondern hauptsächlich mit der Produktionsseite. Aber jeder weiss, dass es auch auf der Verbraucherseite Potenziale gibt. Hier nur ein kleines Beispiel: Wenn man seinen alten defekten Kühlschrank durch einen A++ Kühlschrank ersetzt, spart man 2/3 gegenüber dem alten. Dieses Thema in eine grüne Ecke zu drängen, wäre zu viel zu einfach. Es geht um mehr als um Auswirkungen auf das Klima. Es geht um die Verbesserung der Eigenständigkeit. Es geht um Schub für die Industrie und das Gewerbe. Es geht um die Stimulation von Innovation und Bildung und es geht um Arbeitsplätze. Es geht um einen ganz wichtigen Anstoss zur langfristigen Sicherung unseres Lebensstandards. Im ersten Leitsatz der Energiestrategie heisst es: Die Stadt Zug gehört auch in Zukunft zur Spitzengruppe der Städte mit einer hohen Lebensqualität. Es liegt an uns, ob dies gelingt! Stadtrat Andreas Bossard appelliert an alle GGR-Mitglieder, einen Schritt vorwärts zu machen und den Stadtrat in seiner Energiestrategie zu unterstützen und auch Initiative 2000 Watt für Zug zu unterstützen.

Werner Villiger: Die SVP-Fraktion hat an der Energiedebatte Ende Juni 2010 hier in diesem Saal klar gesagt, dass sie die „2000 Watt Gesellschaft für nicht realisierbar hält. An diesem Grundsatz hat sich auch mit der neuen Zusammensetzung der SVP-Fraktion nichts geändert. Das heisst: Die SVP-Fraktion ist mit der Empfehlung des Stadtrates, die Volksinitiative „2000 Watt für Zug“ sei anzunehmen, überhaupt nicht einverstanden und ist der Meinung, diese Volksinitiative sei abzulehnen. Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft ist die Senkung des Energieverbrauches von heute rund 6300 Watt auf

2000 Watt Dauerleistung pro Person. Die zentrale Frage ist: Wie kann diese massive Reduktion von rund 4300 Watt Dauerleistung erreicht werden? Sicher einerseits mittels Verbesserung der Energieeffizienz, durch den Einsatz der neuen erneuerbaren Energien wie Sonne, Wind, Biomasse, Erdwärme usw. Für Werner Villiger ist unbestritten, dass diese Energieträger gefördert werden sollen. Das reicht jedoch bei Weitem nicht, um das riesige Reduktionsziel zu erreichen. Um das Ziel einer 2000 Watt Gesellschaft zu erreichen, braucht es einschneidende Massnahmen, wie diktatorische Umerziehungsprogramme, Verbote und Strafsteuern, aber vor allem muss die Mobilität entscheidend eingeschränkt werden. Der Weg zur „2000 - Watt – Gesellschaft verlangt also viele sehr unpopuläre Massnahmen, die die persönlichen Freiheiten stark einschränken, und verursacht enorme Kosten. Tatsache ist auch, dass Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz paradoxerweise oft zu einem Anstieg des Stromverbrauchs führen. Beispiel dafür ist der Ersatz von Ölheizungen durch Wärmepumpen für die Beheizung von Wohnräumen. Wenn die Substitution im CO₂lastigen Transport- und Verkehrsbereich weg von Brennstoffen hin zum elektrischen Antrieb vorangetrieben wird, was heute der Fall ist, hat dies zwingend eine Zunahme der Stromproduktion zur Folge. Weitere Faktoren für eine Steigerung des Stromverbrauchs sind das Bevölkerungs- und das Wirtschaftswachstum. Der Stromverbrauch wird also trotz Sparbemühungen weiter ansteigen. Der Stadtrat sagt in seinem Bericht und Antrag vom 14. Dezember 2010, Vorlage Nr. 2132, dazu Folgendes (Zitat aus Seite 7): „Die Reduktion von Dauerleistung und CO₂ Emissionen unterliegen teilweise gegensätzlichen Mechanismen. Beispielsweise kann der Verzicht auf fossile Brenn- und Treibstoffe eine effektive Massnahme zur Reduktion von CO₂ sein. Wird dieser Verzicht durch Elektrizitätsanwendungen substituiert, führt dies zu einem massiven Anstieg der Dauerleistung.“ (Zitatende). Diese Aussage ist im Zusammenhang mit der Initiative „2000 Watt für Zug“ äusserst wichtig, denn genau dies passiert heute und wird in Zukunft noch verstärkt angewendet werden. Das heisst, die heutige und zukünftige Entwicklung auf dem Energiemarkt widerspricht den Zielen einer „2000 Watt Gesellschaft diametral. Die 2000 Watt Gesellschaft sieht die SVP-Fraktion als eine ideologische und kaum zu verwirklichende Zwängerei, die dem Bürger als vermeintliches Allerheilmittel verkauft wird und die die SVP-Fraktion für nicht realisierbar hält. Namens der SVP-Fraktion stellt daher Werner Villiger zum Beschluss des GGR folgenden Antrag:

folgenden Antrag:

2. Den Stimmberechtigten wird empfohlen, die Volksinitiative „2000 Watt für Zug“ abzulehnen.

Abschliessend noch zwei Grundsätzliche Bemerkungen: Das vor Jahren von einem ehemaligen Professor der ETH und dessen Mitarbeitern entwickelte Konzept der 2000 Watt Gesellschaft wird heute sogar von der ETH selbst abgelehnt. Eine Reduktion des CO₂-Ausstosses auf eine Tonne pro Einwohner und Jahr ist nicht ohne den Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke machbar. Nun noch eine Frage an den Stadtrat: Wann findet die Volksabstimmung statt?

Richard Rüegg: Die Fraktion der CVP ist der Meinung, dass die Volksinitiative „2000 Watt für Zug“ gültig ist und dem Stimmvolk zur Abstimmung unterbreitet wird. Grossmehrheitlich möchte die CVP-Fraktion aber nicht, dass die Empfehlung zur Annahme abgegeben wird. Diese ist abzulehnen. Grund für diese Haltung ist, dass in der Energiestrategie 2050 das Ziel 2000 Watt als sehr ambitionös und unrealistisch angesehen wird und die CVP-Fraktion diese Meinung teilt. Die CVP-Fraktion erachtet die Förderung von erneuerbaren Energien als wichtiger und als den richtigen Weg. Wie soll man dann im Jahr 2050 mit einem optimal isolierten Haus oder einem Minergiehaus, das sogar noch überschüssige Energie ins Netz speist, aber der interne Verbrauch höher als 2000 Watt pro Kopf ist, umgehen?

Werner Hauser: Die Initiative ist rechtlich korrekt, und es kann kein Einwand gegen dieses politische Instrument angeführt werden. Sie kann als Strategiepapier sicher eingesetzt werden und findet auch in der FDP entsprechende Unterstützung. Auch wenn sich Einzelpersonen aus dem Initiativ-Komitee diese Ziele setzen und zukünftig sogar auf Flugreisen verzichten, ist das lobenswert und kann nur unterstützt werden. Sollte die Initiative durch das Zuger Stimmvolk angenommen werden, so könnte das einige Probleme einbringen. Nach einem Ja an der Urne und dessen Legitimation der Initiative, würde auch schon ein Fachgremium eingesetzt, und die Selbstinterpretationen dieser Vorlage würden ihren freien Lauf nehmen. Man könnte sich beispielsweise auf Verordnungsebene das Recht auf Durchsetzung und Sanktionen geben. Und plötzlich gibt es eine Vorschrift, dass in den Privatwohnungen die Zimmertemperatur nur noch auf max. 20 Grad eingestellt werden darf und Einzelpersonen kein Recht mehr auf eine 5,5-Zimmerwohnung haben. Da die FDP eine liberale Partei ist und solche Auswüchse verhindern wollen, muss dem Stimmbürger ein klares Nein empfohlen werden.

Astrid Estermann lag noch selten eine Vorlage wie diese am Herzen. Sie ist davon überzeugt, dass die Ziele der 200 Watt Gesellschaft der richtige Weg für die Zukunft bedeuten und die Stadt Zug sich damit in eine sichere und prosperierende Zukunft entwickelt. Hier in diesem Saal wird niemand mehr daran zweifeln, dass die fossilen Energieträger auf der Welt in den nächsten Jahrzehnten zur Neige gehen. Man weiss ebenfalls, dass damit der geniale und heute noch äusserst günstige Energieträger Öl mit einer enormen Leistung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten immer teurer wird. Deshalb müssen neue Lösungen gefunden werden. Die 2000-Watt-Gesellschaft ist ein energiepolitisches Modell, das im Rahmen des Programms Novatlantis an der ETH Zürich entwickelt wurde. Es besagt, dass der Mensch pro Jahr 17'500 Kilowattstunden im globalen Mittel verbraucht, was einer kontinuierlichen Leistung von 2000 Watt entspricht. In der Schweiz verbraucht jedoch jede Person im Durchschnitt 6000 Watt. Die Vision der 2000-Watt-Gesellschaft sieht eine kontinuierliche Absenkung des Energiebedarfs auf 2000 Watt und eine Ablösung der fossilen Energieträger vor. Dieser Wandel bedingt eine rigorose Anpassung der Infrastruktur, eine intelligente Lebensweise und den Einsatz von neusten, hoch effizienten Technologien. Ein Übergang zur 2000-Watt-Gesellschaft wurde vom Bundesamt für Energie auch als eines von vier Entwicklungsszenarien bis im Jahr 2035 aufgenommen. Es wurde heute teilweise gesagt, dass die Initiative bis im

Jahre 2050 eine 2000-Watt-Gesellschaft verlange. Das stimmt nicht. Die Initiative hat ein Zwischenziel, welches bei 2050 bei 3'500 Watt liegt. Es ist auch für die Initianten klar, dass die 2000-Watt-Gesellschaft nicht im Jahr 2050 realisierbar ist. Ob und wann dieses Ziel erreicht wird, kommt in der Initiative gar nicht zum Tragen. Wenn Werner Hauser sagt, er möchte hier keine Klimapolitik anhören und gleichzeitig aber sehr wohl seine Vorstellungen darüber gibt, was die Stadt alles machen muss, damit es zu erreichen ist, ist das nicht ganz fair. Der Stadtrat hat erklärt, wie er sich das vorstellen könnte. Daher hat er dies auch näher bringen wollen. Astrid Estermann möchte noch darauf hinweisen, worum es in dieser Initiative nicht geht: Obwohl Stadtrat Andreas Bossard erläutert hat, dass Atomstrom eine wichtige Grösse ist und vor allem Zug viel AKW-Strom hat, möchte die Initiative nicht als Abschaffung von Atomkraftwerken gesehen werden. Astrid Estermann möchte hier auch nicht über Pro und Contra von Atomstrom streiten. Der Stellenwert des Atomstroms in der Schweiz muss nämlich in Relation zum ganzen Energieverbrauch gesehen werden. Im Moment liefert die Kernenergie ca. 10% aller Energieträger. Sollte Öl mit Atomstrom ersetzt werden, bräuchte es über 100 AKW's in der Schweiz. Es dürfte somit klar sein, dass die Kernenergie nie und nimmer die Lösung des Problems darstellen wird. Es geht bei den Zielen der 2000-Watt Gesellschaft auch nicht darum, die Lebensqualität einzuschränken. Es geht nicht darum, wieder zurück in die 60er zu kehren, als in der Schweiz nur 2000 Watt verbraucht wurden. Da es klar ist, dass die 2000 Watt Gesellschaft nicht in nächster Zeit verwirklicht werden kann, setzt die Volksinitiative ein Zwischenziel mit einer Reduktion auf 3500 Watt im Jahr 2050 und einem Co2-Ausstoss auf 2 Tonnen. Diese Ziele entsprechen den gleichen Zielen anderer Städte, welche bereits die 2000-Watt-Gesellschaft anstreben. Diese Ziele sind nicht einfach zu erreichen, aber sie sind machbar. Wenn man aber weiter zuwartet und sich nicht vorausschauend in die richtige Richtung bewegt, so wird man in 20 oder 30 Jahren massivst mit der Realität konfrontiert. Dann wird man auf Lebensqualität verzichten müssen und zwar unvorbereitet und schnell. Nun - um was geht es denn in der Initiative. Es geht um folgende 2 Kernpunkte:

1. Die Bevölkerung der Stadt Zug soll breit und kontinuierlich informiert werden. Die Stadt Zug ist Energiestadt, und das ist auch gut so. Das Label Energiestadt ist dabei ein Leistungsausweis für Gemeinden, die eine nachhaltige kommunale Energiepolitik vorleben und umsetzen. Die Initiative der 2000-Watt-Gesellschaft fordert aber ein konkretes Ziel. Ziele sind wichtig und geben eine Grösse an, wohin man in den nächsten Jahren streben will. Es gibt auch keine Sanktionen, wenn das Ziel bis im Jahr 2050 nicht erreicht wird. Um dieses Ziel zu erreichen, reicht es nicht aus, wenn nur die Verwaltung der Stadt Zug fortschrittlich denkt und handelt, sondern die ganze Bevölkerung muss mitziehen. Beim Unterschriftensammeln ist immer wieder aufgefallen, wie viele Personen noch sehr wenig über die bevorstehende Verknappung der Ressource Öl orientiert sind. Oder sie wollen es nicht wahrhaben, haben Angst vor Einschränkungen, von Verteuerung, vor Veränderung. Es braucht einen langen Weg, ein kontinuierliches Bewusstsein und daraus folgt dann auch das entsprechende Handeln. Also soll doch die ganze Stadt in diese Entwicklung mit eingebunden werden. Mit Erstaunen kann festge-

stellt werden, welche Sensibilisierung die Bevölkerung der Stadt Zürich bereits entwickelt hat. Steigen wir ebenfalls auf diesen Zug auf.

2. Die Wirtschaft soll in der Stadt Zug einen verlässlichen Partner mit einem konkreten Ziel finden. 80% unserer Energie wird aus dem Ausland bezogen. Damit besteht eine Abhängigkeit von Ländern wie Libyen, Saudi-Arabien, Russland – Ländern aus Afrika und Asien. Sie diktieren in den nächsten Jahren den Preis der Energieträger Öl und Gas. Will Zug in Zukunft ihr Geld weiterhin ins Ausland investieren anstatt die eigene Industrie und Technologie hier zu fördern, zu nutzen, auszubauen und diese Wirtschaft damit anzukurbeln. Will man weiterhin von diesen Ländern abhängig sein und den Wohlstand auf solch unverlässliche Partner setzen. Man weiss, dass erneuerbare Energien, energieeffiziente Geräte und nachhaltiges Bauen teurer ist als fossiler Brennstoff. Aber wenn man bedenkt, dass ein Umdenken und Umsteigen Zeit benötigt, so müssen heute die Weichen gestellt werden. Jede neue Ölheizung, die heute installiert wird, ist eine vertane Chance. Eine vertane Chance auch, der Schweizer Wirtschaft Anschub zu geben für einen neuen Weg. Neben der Endlichkeit der Reserven liegt der grösste Nachteil der fossilen Energien in den Emissionen, die bei deren Verbrennung entstehen. Die Stabilisierung des Verbrauchs, die Reduktion der energiebedingten CO₂-Emissionen und der Ersatz der fossilen durch erneuerbare Energieträger stellen deshalb grosse Herausforderungen für Energiepolitik, Wirtschaft und Forschung dar.

Astrid Estermann appelliert an die Damen und Herren der bürgerlichen Parteien, einmal darüber hinweg zu sehen, dass ein grünes Anliegen unmöglich ein bürgerliches Anliegen sein kann, und zu sehen, welche Innovation mit dem klaren Ziel für eine 2000-Watt-Gesellschaft geschaffen werden kann. „Rechnen wir aus, was bis ins Jahr 2050 in der Stadt Zug getan werden muss, um die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen, lassen sie uns mit der Wirtschaft zusammen diesen Weg beschreiten, investieren wir unser Geld hier in der Schweiz und nicht im Ausland, zeigen wir der Bevölkerung, dass die Ziele umsetzbar sind ohne auf die Annehmlichkeiten unseres Lebens zu verzichten zu müssen. Setzen wir uns ein Ziel und arbeiten wir gemeinsam auf dieses Ziel hin. Ob wir es denn auch erreichen, wird sich zeigen – zumindest haben wir es aber versucht. Sicher ist, dass wir mit einem klaren Ziel vor Augen am besten für die Zukunft gerüstet sind und unseren kommenden Generationen damit weiterhin Wohlstand beschere.“ Astrid Estermann stellt den Antrag, die Volksinitiative der 2000-Watt-Gesellschaft als Beschluss heute im GGR zu fassen. Damit würde die Volkabstimmung hinfällig. Der alte Stadtrat hat noch im letzten Jahr die Volksinitiative „2000-Watt für Zug“ unterstützt. „Zeigen Sie dem heutigen Stadtrat, dass sie daran festhalten und den Stadtrat in Zukunft auf diesem Weg unterstützen wollen, gemäss dem Motto von Hans A. Pestalozzi: „Im Haus muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland.“

Karin Hägi: Das Erringen des Labels „Energistadt“ 1999 war ein erstes wichtiges Bekenntnis zu einer zukunftsgerichteten Energiepolitik. Mit der Energiestrategie 2050 hat der Stadtrat letztes Jahr einen bedeutungsvollen Schritt in eine nachhaltige Zukunft getan. Die Umsetzung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft ist ein wichtiger Teil dieser

Absichtserklärung. Dass die 2000-Watt-Gesellschaft keine Ideologie von unverbesserlichen Umweltschützerinnen und ewiggestrigen Nostalgikern ist, beweist die Tatsache, dass die Urheberin dieser Zielwerte die ETH Zürich ist. Die Städte Zürich, Basel und St. Gallen sind bereits erfolgreich an der Umsetzung dieser Zielwerte. In diesen Städten gibt es nicht nur unterkühlte Bewohnerinnen. Die SP-Fraktion hofft, dass die Stadt Zug nun diesen guten Beispielen folgt. Die Ankündigung des Stadtrats das „Goldlabels“ als Energiestadt noch in diesem Jahr anzustreben, ermutigt sehr. Die Zielsetzung einer 2000-Watt-Gesellschaft bedeutet nicht, den Lebensstandard und den Komfort auf die Verhältnisse von 1960 zurück zu schrauben, sondern vielmehr, dass auf der Basis eines modernen Lebensstils mit innovativen technischen Lösungen und gesellschaftlichen Reformen die Effizienz des Energieeinsatzes dramatisch verbessert und so der Energieverbrauch gesenkt wird. Vieles, wie Bauten im Minergie-Standard, verbrauchsarme Fahrzeuge oder hocheffiziente Produktionsanlagen, ist heute schon ohne Einbussen möglich. Bewusstes Einkaufen von Bio- oder regionalen Produkten bewirkt auch eine gezielte Förderung derselben. Energie-Förderprogramme sind eine wichtige Anschubhilfe für nachhaltiges Bauen und Sanieren. Die bessere Gebäudehülle zahlt sich dank geringeren Heizkosten immer aus. Und selber produzierter Solarstrom bringt im besten Fall sogar Geld ein. Unbestritten ist die Stadt Zug nur ein kleines Stückchen im globalen Markt, aber wenn alle das Handeln dem nächst grösseren überlassen, passiert gar nichts. Dies wird leider nur immer wieder zu deutlich an den Welt-Klimakonferenzen bewiesen. Allein mit Worten ist es nicht getan, es müssen Taten oder nun eben Massnahmen folgen. Alle wollen die Erde mit gutem Gewissen an die nächste Generation weitergeben. Jede einzelne Person bewirkt durch ihr Handeln etwas. Alle sind hier im GGR weil sie Verantwortung übernehmen wollen, nun ist ein Moment gekommen, dieses Versprechen auch einzulösen. „Nutzen wir den Schwung des noch neuen Jahres, sind mutig und erklären die Initiative nicht nur für gültig, sondern auch gleich als Erheblich, auch wenn dies für einige hier drin wahrscheinlich schon an Übermut grenzt.“ Die SP-Fraktion unterstützt aus Überzeugung den Antrag zur Erheblicherklärung der Volksinitiative „2000 Watt“ für Zug. Sie steht 100% hinter der Energiestrategie 2050 und den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft und somit für eine nachhaltige Zukunft.

Michèle Kottelat: Wo wäre man ohne Visionen? Wie sähe die Schweiz aus ohne Visionäre, die den Grundstein für wegweisende Entwicklungen gelegt haben? Der leider viel zu früh verstorbene Unternehmer und Visionär Nicolas Hayek hätte sich engagiert für die Annahme der Initiative eingesetzt. Auch der Visionär Bertrand Piccard, würde alles geben um alle hier im Saal ebenfalls von der Initiative zu überzeugen. Zugegeben, die vorliegende Initiative rennt offene Türen ein, da der Stadtrat die Vision der 2000 Watt bereits in seinen Fernzielen hat. Und trotzdem ist es wichtig, dass der GGR als Parlament hier ebenfalls ein starkes Signal setzt und die Weichen für eine neue Energiezukunft stellt. Die Grünliberalen treten für die Vision der „2000 Watt Gesellschaft“ ein,

- weil sie als Wirtschaftspartei die Wertschöpfung im Lande behalten wollen und es ein volkswirtschaftlicher Unsinn ist, jährlich fossile Brennstoffe im Wert von mehreren Milliarden Franken zu importieren.
- weil die Unabhängigkeit der Schweiz auch den Grünliberalen am Herzen liegt

- weil der Umbau der Energieversorgung eine Riesenchance für die Wirtschaft und insbesondere für die KMUs ist.
- weil es unzählige Schweizerfirmen gibt, die im Gebiet der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz im Ausland tätig sind und ihr enormes Knowhow auch in der Schweiz abrufen möchten.
- Und last but not least: damit die Hochschulen weiterhin Pionierarbeit leisten und Visionäre hervorbringen.

Michèle Kottelat weiss, für einige hier im Saal kommt das Anliegen aus der falschen Küche. Die Initiative aber aus diesem Grund abzulehnen wäre schade. Vor drei Jahren hatte Michèle Kottelat die Möglichkeit am Rande einer Veranstaltung zu Solar Impulse mit Bertrand Piccard ein kurzes Gespräch zu führen. „Wo bleibt die bürgerliche Politik? Weshalb werden wir von den Bürgerlichen im Stich gelassen? Setzen Sie sich dafür ein, dass es anders wird!“ hat er dabei gebeten. Michèle Kottelat bittet deshalb ihre bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen, über ihren Schatten zu springen und die Initiative zu unterstützen. Kommende Generationen und die Wirtschaft werden es danken. Noch eine kurze Information: Initiiert von den Grünliberalen wird ein Komitee von Wirtschafts- und Gewerbevertretern sich für die Annahme der Initiative einsetzen. Eine Abstimmung ist auch daher zu begrüssen, weil sich dadurch die Möglichkeit ergibt, in der Bevölkerung intensiver über das Thema zu diskutieren.

Karl Kobelt: In der Energiepolitik bewegen sich links wie rechts in gleicher Marschrichtung mit diesen Prioritäten:

- CO₂-Ausstoss senken
- Energieeffizienz steigern
- Energie sparen

Der Unterschied allein besteht darin, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Die Stadt Zug ist Energiestadt. Die genannten Prioritäten werden auch in der Energiestrategie der Stadt Zug deklariert. Wir stehen hinter diesen Prioritäten und Zielen. Von Abwarten und Nichtstun, wie dies der Stadtrat eben sagte, kann keine Rede sein. Im Gegenteil: Die 2000-Watt-Initiative rennt offene Türen ein. Gleichzeitig geht die Initiative aber zu weit. 2000-Watt Dauerleistung pro Person entspricht dem Energieverbrauch in der Schweiz von 1960. Dieses Ziel ist nicht realistisch. Die Initiative birgt zudem Risiken. Es stellt sich die Frage, mit welchen Mitteln die Initiative umgesetzt werden soll. In der Vorlage ist von einer „intelligenten Lebensweise“ die Rede. Doch was ist das? Soll der Staat, sprich die Stadt Zug, bestimmen können, welche Lebensweise intelligent ist und welche nicht? Die Initiative würde die Stadt als Handlungsvollmacht in der Energiepolitik verstehen. Das will die FDP-Fraktion nicht. Sie setzt weiterhin auf die Bürger, die den Staat kontrollieren, nicht auf einen Staat, der die Bürger kontrolliert. Das Ziel einer umweltverträglichen Arbeits- und Lebensweise ist unbestritten. Zug befindet sich auf dem richtigen Weg. Dieser soll nun Schritt für Schritt weiter gegangen werden – im Einklang mit dem demokratischen System ohne dem Staat Mittel zu eigenmächtigem Handeln in die Hände zu geben.

Monika Mathers: Marschieren in eine Richtung ist eine Sache, ein Ziel zu haben ist aber noch etwas Anderes. Wer eine Wanderung oder eine Reise begeht, will wissen, wohin der Weg führt. Wenn man ein Ziel vor Augen hat, ist man auch beflügelt, dieses irgendwann auch zu erreichen. Astrid Estermann hat es bereits gesagt: vielleicht wird dieses Ziel nicht bis ins Jahr 2050 erreichbar sein. Vielleicht wird es etwas später. Wenn man sagt, man gehe dabei auf den Stand 1960 zurück, sei darauf verwiesen, dass heute mit demselben Wagen mit weniger Benzin viel weiter gefahren werden kann. Das ist Effizienzsteigerung. So wird dies auch bei der Umstellung von der fossilen Energie auf andere Energiestoffe geschehen. Das Ziel an sich ist aber lebensnotwendig. Die Feststellung, dass man bereits in diese Richtung marschiere, genügt absolut nicht.

Philip C. Brunner ist im Jahr 1955 geboren und hat 1960 erlebt, was es heisst, in der 2000-Watt-Gesellschaft zu leben. Diese Zeit hat ihn geprägt. Welche Ziele hatte man 1960 und wovon träumte man bezüglich der Erwartungen an die Zukunft? Man nahm an, dass einige Jahre später jeder ein Flugzeug habe. Vieles wurde vorgedacht, aber alles nicht realisiert worden. 1973 ist es mit der Erdölkrise ganz anders gekommen. Sonntageweise fahren keine Autos. Die Gesellschaft hat Bücher gelesen über die Ressourcen, die 1980 aufgehen würden. Alle haben mindestens so geschlottert wie nach der Rede von Stadtrat Andreas Bossard, welcher hier das Hochamt auf die Zukunft und die Energiespargesellschaft gepredigt hat. Philip C. Brunner fühlte sich wie in der Kirche, wenn ihm Jemand sagt, wie ich es zu tun hätte. Alles andere sei Sünde. Wer bezahlt eigentlich die ganze Umstellung? Philip C. Brunner ist absolut nicht der Meinung, es sei Energie zu vergeuden. Darum geht es überhaupt nicht, sondern um den vernünftigen Einsatz. Wenn man bedenkt, was nach den 80-er Jahren passiert war, ist Philip C. Brunner absolut optimistisch und glaubt daran, dass in einigen Jahren keine Autos mehr fahren, welche mit Öl angetrieben sind, sondern zu anderen und besseren Energieformen gefunden wird. Hier tut sich Einiges. Im heutigen Zeitpunkt ist zwar alles noch sehr teuer, aber es braucht einfach noch etwas Geduld. Es ist gefährlich, der Bevölkerung eine Volksinitiative vorzulegen, die von gewissen Kreisen her aus ideologischen Gründen propagiert wird. Für diese Leute ist das Religion. Jedermann soll seine Religion selber wählen können. Philip C. Brunner sieht das ein bisschen anders. Es sei daran erinnert, dass gerade die Stadt Zug eine grosse Nutzniesserin des Erdölhandels ist, werden doch auf dem Platz Zug jeden Tag riesige Mengen an Öl gehandelt. Die Stadtkasse und die Bevölkerung von Zug profitieren davon. Philip C. Brunner beantragt zum Schluss, die nachfolgende Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen. Die Bürger haben das Recht, zu wissen, wer solche Utopien verfolgen wird und wer eigentlich das gesunde Mass an Vernunft weiter befolgen möchte.

Roger Hess: Es war viel zu hören von Zielen, Konzepten, Visionen usw. Ist denn der Weg das Ziel oder will man wirklich an einem bestimmten Punkt angelangen? Die Marschrichtung wird von der FDP-Fraktion vollends unterstützt. Nur: neben einer ökologischen Nachhaltigkeit gibt es eben auch eine ökonomische. Roger Hess vermisst grundsätzlich die konkreten Massnahmen. Es ist von einem Konzept die Rede, Roger Hess weiss aber nicht, wie dieses konkret umgesetzt wird. Seite 5 wird die intelligente Lebensweise an-

gesprochen. Was ist intelligent? Wer definiert dies? Wer wird plötzlich eingeschränkt? Was kostet das? All dies klingt sehr stark nach einer Umlagerung. Als Beispiel erwähnt Roger Hess die Mobilität. Es gibt öffentlichen und privaten Verkehr. Besteht denn die Idee, den privaten Verkehr zu verdammen bzw. den öffentlichen Verkehr durch die Privaten zu finanzieren? Das wäre mit Sicherheit der falsche Weg, da Mobilität ein Grundbedürfnis ist. Es kann nicht alles mit einem öffentlichen Verkehrsmittel erreicht werden. Seite 12, Energiestrategie, wird von radikalen Massnahmen geschrieben. Das klingt ziemlich deftig, man kann sich aber darunter nichts weiter vorstellen. So ist die Rede von gesetzlichen Vorgaben, Lenkungsabgaben, Kooperations-, Effizienz- und Förderprogramme. Wer bezahlt Förderprogramme? Von wo nach wo wird Geld umverteilt? Roger Hess zitiert auf der gleichen Seite den folgenden Satz, den er als sehr wichtig einstuft: (Zitat) „Es ist sogar von entscheidender Bedeutung, dass es gelingt, in den nächsten 10 bis 20 Jahren entscheidende Fortschritte bei der Umsetzung der Effizienzpotentiale und der Entkarbonisierung der Energieversorgung zu erreichen.“ (Zitierende). Zusammenfassend sei festgehalten, dass dieses Konzept weder konkret ist noch etwas aussagt über die konkreten Massnahmen in zeitlicher Hinsicht. Wenn in den nächsten 10 bis 20 Jahren etwas erreicht werden muss, möchte Roger Hess hier im Rat über konkrete Massnahmen diskutieren können. Die FDP wird dies selbstverständlich tun und diese Massnahmen auch bewerten. Die FDP-Fraktion sagt nicht, dass eine Investition in nachhaltige ökologische Energien nicht auch etwas mehr kosten könnte. Sie möchte aber über konkrete Massnahmen und nicht über irgendwelche Ziele und Visionen sprechen können.

Louis Bisig: Die jetzt gehörte Diskussion gleicht der Vorstellung zweier Leute, die aus dem Scheibenhaus springen und darüber diskutieren, ob sie sich im achtzehnten, neunten oder schon im dritten Stockwerk befinden. Aufschlagen werden sie aber. Louis Bisig ist überzeugt, dass jemand, der eine Lösung unterstützt, auch zu einem Ziel kommt. Wer etwas nicht verändern will, sucht Gründe - seien es die Freiheit, der Staat oder das Geld. Grundsätzlich muss aber einmal begonnen werden. Louis Bisig stimmt es bedenklich, wenn Gründe gesucht werden, um die Initiative dem Volk nicht vorlegen zu müssen und zu sagen, dass man hinter diesem Gedanken steht.

Karl Kobelt: Es ist längst begonnen worden. Wenn die Jahreszahlen von 1970 mit 2009 verglichen werden, ist ersichtlich, dass der Energieverbrauch fossiler Energieträger in der Schweiz knapp 4/5 betrug und 2009 auf knapp über 50 % sank. Es passiert also tatsächlich etwas in dieser liberalen Ordnung.

Stadtpräsident Dolfi Müller: Es gibt keinen bürgerlichen und keinen linken Stadtrat, sondern es gibt nur einen Stadtrat, welcher eine Lanze für diese Initiative gebrochen hat. Es geht auch nicht um Auswüchse, sondern schlicht um einfach um Sparsamkeit. Alle in diesem Saal sind für sparsamen Umgang mit den Ressourcen. Das ist nicht nur eine ökologische Frage, sondern auch eine ökologisch-volkswirtschaftliche. Weil man hier nicht im Schlaraffenland lebt hat das Grundgesetz der Sparsamkeit immer Gültigkeit. Daher hat der Stadtrat die Initiative auch unterstützt. Das Zuger Steuergesetz

wurde vor über 70 Jahren erschaffen - auch vorausschauend - und hat der Stadt Zug viel gebracht. Der entscheidende Aspekt der Initiative sind nicht die Ziele, sondern die Mittel. Karl Kobelt hat durchaus Recht, dass die Mittel hier nicht ausgesprochen werden. Das muss aber auch so sein. Die Initiative schreibt keine Mittel vor, welche der Stadtrat anwenden soll. Die Wahl der Mittel ist letztlich eine Frage der politischen Akzeptanz. Der Stadtrat ist bei seinen Massnahmen an das Prinzip der Verhältnismässigkeit gebunden. Öko-diktatorische Auswüchse sind absolut nicht möglich. Im Moment wird wahrscheinlich technologischer Fortschritt gefördert. Das stört niemanden, kostet aber und ist völlig akzeptiert. Marktkonforme Eingriffe über den Preismechanismus werden von jedem Ökonomen unterstützt. Die Zukunft wird es weisen. Je grösser der zukünftige Klimaschock sein wird, desto höher ist die Bereitschaft von allen, auch unangenehme radikale Eingriffe zu akzeptieren. Stadtpräsident Dolfi Müller ist sich nicht so sicher, ob Verzicht tatsächlich so unangenehm ist. Niemand will auf den Stand von 1960 zurück. Aus einem Artikel in der Sonntagszeitung zitiert Stadtpräsident Dolfi Müller eine Aussage: (Zitat) „Als ich klein war, gab es drei Sorten Yoghurt, drei Fernsehkanäle, zwei Sorten Käse - Tilsiter mild und rezent, eine Sorte Fisch und eine Art von Telefon.“ (Zitatende). Stadtpräsident Dolfi Müller stellt das Resultat einer Untersuchung der Sozialpsychologie und des Marketing fest, wonach die Menschen heute von der Flut der Angebote völlig überfordert sind. Grosse Auswahl überfordert und macht unzufrieden, weil man immer befürchtet, das Falsche erwischt zu haben. Die Stadt Zug kann selbstverständlich die Welt nicht retten, sie ist aber Teil eines Ganzen, weshalb Nichtstun einer Bankrotterklärung gleich käme. Mit dieser Initiative verpflichtet sich die Stadt Zug, in die richtige Richtung zu gehen. Nicht mehr und nicht weniger. Die Bevölkerung hat in einer Umfrage mit 89 % dem Klimaschutz zugestimmt. Es wird daher bei der Abstimmung mit Namensaufruf mit Interesse verfolgt werden, wer war für Klimaschutz tut und wer nicht.

Ratspräsident Jürg Messmer schlägt vor, dass der Antrag von Philip C. Brunner bezüglich Namensaufruf nur für die Schlussabstimmung Anwendung finden soll und nicht für jeden einzelnen Antrag.

Philip C. Brunner ist damit einverstanden.

Ratspräsident Jürg Messmer: Für den Antrag bezüglich Abstimmung unter Namensaufruf ist ein Drittel der Anwesenden gemäss § 61 GSO erforderlich. Zurzeit wären dies 13 Ratsmitglieder. Über diesen Antrag wird vor der Schlussabstimmung abgestimmt. Den Antrag der SVP-Fraktion bezüglich Empfehlung zur Ablehnung wird unter Ziff. 2 des Beschlussesantrages behandelt. Über den Antrag von Astrid Estermann namens der Fraktion Alternative-CSP wird am Schluss abgestimmt.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Jürg Messmer erklärt so beschlossen.

Ziff. 2:

Abstimmung

über den Antrag von Philip C. Brunner bezüglich Abstimmung mit Namensaufruf:

Für den Antrag von Philip C. Brunner stimmen 24 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass mit 24 Jastimmen das notwendige Quorum von 13 Stimmen erreicht ist. Somit ist der Antrag von Philip C. Brunner für Abstimmung unter Namensaufruf gutgeheissen.

Karl Kobelt: Nebst der SVP-Fraktion empfehlen auch die FDP-Fraktion und die CVP-Fraktion die Ablehnung der Volksinitiative.

Abstimmung unter Namensaufruf

über den Antrag der SVP-, FDP- und CVP-Fraktion für Ablehnung der Initiative:

Abicht Silvan	Nein
Barmettler Sandra	Ja
Bertschi Urs	Nein
Bisig Louis	Nein
Brandenberg Manuel	Ja
Brunner Philip C.	Ja
Bühlmann Beat	Ja
Estermann Astrid	Nein
Giger Susanne	Nein
Hägi Karin	Nein
Halter Hugo	Ja
Hauser Werner	Ja
Hess Roger	Ja
Hodel Stefan	Nein
Hotz Barbara	Ja
Huber Christina	Nein
Iten Franz	Nein
Iten Theo	Ja
Keiser Othmar	Ja
Kobelt Karl	Ja
Kottelat Michèle	Nein

Kretz Martin	Ja
Kühn Martin	Ja
Leemann Rainer	Ja
Mathers Monika	Nein
Meier Urs E.	Nein
Moos Adrian	Ja
Moos Stefan	Ja
Pircher Manfred	Ja
Reinhart Isabelle	Nein
Rüegg Richard	Ja
Sivaganesan Rupan	Nein
Stäheli Barbara	Nein
Uhr Marcel	Ja
Villiger Werner	Ja
Vollenweider Willi	Ja
Voser Ignaz	Nein
Weiss Franz	Ja

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der GGR, mit 21:16 Stimmen den Antrag der SVP-, FDP- und CVP-Fraktionen gutgeheissen hat. Den Stimmberechtigten wird damit die Volksinitiative zur Ablehnung empfohlen.

Zu Ziff. 3 und 4 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Jürg Messmer erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung:

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 21:15 Stimmen dem Antrag des Stadtrats zu.

B e s c h l u s s des Grossen Gemeinderates von Zug Nr. 1543
betreffend Volksinitiative „2000 Watt für Zug“

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2132 vom 14. Dezember 2010:

1. Die Volksinitiative „2000 Watt für Zug“ wird für gültig erklärt und der Urnenabstimmung unterstellt.
2. Den Stimmberechtigten wird empfohlen, die Volksinitiative „2000 Watt für Zug“ abzulehnen.
3. Dieser Beschluss wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- 7. Motion Urs E. Meier, Fraktion Alternative-CSP, vom 15. Dezember 2009 betreffend Register stadtrelevanter Studien und Berichte**

- 8. Interpellation der FDP-Fraktion vom 28. September 2010 betreffend Verwendung von behördlichen Adressdaten für Wahlkampf**

- 9. Interpellation Philip C. Brunner und Jürg Messmer, beide SVP, vom 23. August 2010 betreffend Sicherheitsglas in der Bossard Arena, Zug**

Ratspräsident Jürg Messmer: Aufgrund der bereits fortgeschrittenen Zeit werden diese drei Traktanden auf die nächste Sitzung des GGR vom 1. März 2011 verschoben.

10. Mitteilungen

Ratspräsident Jürg Messmer: Die Einladung zum 39. Parlamentarier-Skirennen haben Alle erhalten. Eine Anmeldung ist bis am 29. Januar 2011 möglich. Die Einladung der Letzibutzeli für den 29. Januar 2011 wurde per Mail versandt.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 1. März 2011, 17.00 Uhr

Ratspräsident Jürg Messmer: An dieser Sitzung wird eine 14-köpfige Delegation aus der Mongolei anwesend sein. Im Vorfeld besteht um 15.00 Uhr die Möglichkeit, mit den Delegierten zu sprechen. Die Fraktionen werden eingeladen, je eine Person zu bestimmen. Der Stadtrat kann zwei Vertreter an dieses Gespräch entsenden.

Stadtrat André Wicki gibt zur Sportanlage Herti Nord, Erweiterung Garderobengebäude folgende Information zu Protokoll: Der GGR hat vor rund zehn Monaten, d. h. am 23. März 2010, für den Neubau eines Garderobengebäudes bei der Sportanlage Herti Nord einen Kredit von CHF 1'525 Mio. inkl. Minergie beschlossen. Die Bauarbeiten wurden im Sommer 2010 ausgeschrieben. Dass die Baubranche derzeit sehr ausgelastet ist, hat dabei auch die Stadt Zug zu spüren bekommen. Es sind nicht sehr viele Offerten eingegangen und so hat nicht wirklich ein Wettbewerb stattgefunden. Ohne sorgsame Abklärungen müsste mit einer Überschreitung des gesprochenen Kredites gerechnet werden. Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 23. November 2010 deshalb einen Marschhalt beschlossen. Es bleibt aber das erklärte Ziel, mit den Bauarbeiten diesen Frühling zu beginnen. Mit den Vereinen und den Architekten ist bereits eine Besprechung per Ende Januar vereinbart worden. Der Baustart verzögert sich, der Stadtrat bleibt aber dran.

Für das Protokoll:

Arthur Cantieni, Stadtschreiber